

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
Mai 2018

HANDEL

Wachsende Ungewissheit:
Das multilaterale System
wird unterhöhlt

ENERGIE

Berliner Konferenz
diskutiert Wege zur
Nachhaltigkeit

SCHULNAHRUNG

Mit lokalen Erzeugnissen
die Ernährung armer
Kinder verbessern



Gefährliche Desinformation

Monitor

Bessere Statistiken gefordert | Neuartige Entwicklungsfinanzierung | Innovative Geschäftsmodelle in Burundi | Verbesserungswürdige Partnerschaften | Armutsverständnisse ausweiten | Heutzutage: Übergewicht in Simbabwe | Impressum 4

Debatte

Gefährliches Machtspiel in der DR Kongo | Faire Handelspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen | Neuer Regierungschef Äthiopiens vor großen Aufgaben | Nigeria droht eine Staatskrise | Lob des Fortschritts | Leserbrief zu Dezentralisierung in Benin 11

Tribüne

INTERVIEW MIT IWAN J. AZIS
Warum Verlässlichkeit in der Handelspolitik wichtig ist 16

DRAKE JAMALI
Die Energiewende ist kein deutsches Konzept mehr, sondern ein globales 19

FRANK BLISS
Kostenlose Schulspeisung ist eine der erfolgreichsten entwicklungspolitischen Maßnahmen 21

Schwerpunkt: Gefährliche Desinformation

ALPHONCE SHIUNDU
Faktenprüfung soll Zuverlässigkeit von Nachrichten in Afrika sichern 24

EDWARD RONALD SEKYEWA
Medientraining für Journalisten in Uganda 26

JULIA ODOJ
Junge Namibier lernen mit Medien ethisch verantwortlich umzugehen 28

BENJAMIN GAUL
Die gesellschaftliche Sprengkraft von Falschmeldungen in sozialen Medien 30

PATRICK SCHLERETH
Der zweifelhafte Umgang des größten sozialen Netzwerks der Welt mit Falschmeldungen und Desinformation 32

ALAN ROBLES
Online-Trolle verhalfen Rodrigo Duterte in den Philippinen an die Macht 34

ARFA KHANUM SHERWANI
Indiens hindu-nationalistische Regierung übt zunehmend Druck auf Journalisten aus – online wie offline 36

HANS DEMBOWSKI
In eigener Sache: Warum E+Z/D+C vertrauenswürdig ist 39

SCHWERPUNKT

Gefährliche Desinformation

Einsatz für die Wahrheit

Desinformation kann überall beginnen – und breitet sich mit Hilfe digitaler Buschtrommeln und der politischen Gerüchteküche in Minuten-schnelle in ganz Afrika aus. Faktenprüfung ist unerlässlich, wie Alphonce Shiundu weiß, der für die Organisation Africa Check arbeitet. **SEITE 24**

Fakten prüfen

Hoher Druck führt zu Fehlern, nicht nur im Online-Journalismus. In Uganda trainieren unabhängige Medienorganisationen wie das Hub for Investigative Media, für das Edward Sekyewa arbeitet, Journalisten, Fakten zu prüfen und auf ihre digitale Sicherheit zu achten. **SEITE 26**

Kritischer Medienkonsum

Soziale Medien sind abhängig von aktiver Teilnahme. Deswegen ist es wichtig, Jugendlichen beizubringen, ethisch korrekte Medien zu produzieren, aber auch Medien kritisch zu konsumieren. Die Media and Information Literacy Learning Initiative in Namibia hilft dabei, wie ihre Mitarbeiterin Julia Odoj beschreibt. **SEITE 28**

Desinformation in sozialen Netzwerken

Falschmeldungen in sozialen Medien haben große gesellschaftliche Sprengkraft. Daher müssen Menschen in der digitalisierten Welt von klein auf lernen, mit dieser Technologie umzugehen, fordert Benjamin Gaul von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Gleichzeitig müssen soziale Netzwerke – allen voran Facebook – nach Ansicht des Journalisten Patrick Schlereth bessere Konzepte gegen Falschnachrichten entwickeln. **SEITEN 30, 32**

Machtvolle Lügen

Dem philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte verhalf vor zwei Jahren eine Welle von Falschinformationen an die Macht. Propaganda in der Politik ist nichts Neues, doch durch soziale Medien hat sie heute eine nie gekannte Bedeutung, warnt der philippinische Journalist Alan Robles. **SEITE 34**

Indische Journalisten unter Druck

Desinformation ist in Indien ein großes Problem, und unabhängiger Journalismus hat es immer schwerer. Die Journalistin Arfa Khanum Sherwani beschreibt, wie die Regierung und rechte Netzwerke die Gesellschaft spalten. **SEITE 36**

Kritische Öffentlichkeit

Desinformation überflutet viele Länder. Dass autoritäre Regierungen das Weltbild ihrer Untertanen prägen wollen, ist nicht neu, aber dass nun die Bürger demokratischer Länder systematisch Lügen ausgesetzt sind, beunruhigt. Viele Menschen fallen auf erfundene Meldungen herein, die verbreitet werden, um die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Diese Krise hat viele Ursachen, die Handeln erfordern. Neue Informationstechnik hat neue Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen, wobei soziale Medien besonders wichtig sind. Nötig sind nun Regeln, die im Internet Datenschutz, Informationsqualität sowie Vielfalt sichern. Große, tendenziell monopolartige Weltkonzerne müssen international reguliert werden – und das gilt besonders für die „Faangs“ (Facebook, Amazon, Apple, Netflix und Google). Dabei müssen reiche Nationen vorgehen. Neue Datenschutzregeln der EU werden im Mai rechtskräftig und sind ein erster Schritt.

Auch die ökonomische Krise etablierter Medien macht Desinformation stark. Das Internet hat bewährte Geschäftsmodelle obsolet gemacht. Es bietet Nachrichten gratis an und zieht immer mehr Werbung an. Der Umsatz traditionsreicher Medienhäuser sinkt entsprechend – besonders zu Gunsten von Facebook und Google, die jegliche redaktionelle Verantwortung ablehnen. Zumindest in reichen Nationen sind Journalisten, die Verantwortung für Inhalte übernehmen, heute schlechter bezahlt als früher. Zudem wurden viele Redaktionen verkleinert – zum Teil sogar heftig. Selbstverständlich müssen sich Medienschaffende Mühe geben, um professionellen Ansprüchen zu genügen. Aber wenn ihre Arbeitslast immer weiter wächst, wird das nicht gelingen. Und wenn gute Leistung nicht honoriert wird, bleibt sie auch nicht gut.

Medienkonsumenten tragen ihrerseits Verantwortung. Es ist absurd, alles zu glauben, was auf dem Bildschirm aufleuchtet, und allenfalls zu prüfen, ob es weltanschaulich genehm ist. Wer verstehen will, was in der Welt los ist, muss mehr als eine Perspektive kennen. Im wohlverstandenen Eigeninteresse müssen auch unangenehme Wahrheiten ankommen.

Medienkompetenz bedeutet, auf Quellen und ihre Qualität zu achten. Seriöse Medien geben an, woher ihre Informationen stammen, und sie stützen sich auf eine Quellenvielfalt. Medien, die in Konflikten nicht die Sicht aller Beteiligten nachvollziehbar wiedergeben, sind unzuverlässig. Das bedeutet aber nicht, dass sie allen Seiten gleichen Raum geben sollten. Oberflächliche Äquidistanz ist kein Ersatz für Wahrheit. Wer beispielsweise Leugnern des Klimawandels den gleichen Stellenwert einräumt wie Klimawissenschaftlern, kann offensichtlich die Relevanz verschiedener Quellen nicht richtig einschätzen.

Medienkompetenz ist heute Bürgerpflicht, denn wer nicht weiß, wie Journalisten arbeiten und welche Regeln aus welchen Gründen gelten, lässt sich allzu leicht hereinlegen. Gelegentliche Faktenfehler sind keine systematische Desinformation. Das wahre Problem sind frei erfundene Meldungen, die täuschen und verwirren sollen.

Wenn zu viele Menschen Qualitätsmedien nicht von bloßer Unterhaltung oder Agitation unterscheiden können, wachen wir eines Tages statt in einer Informations- in einer Desinformationsgesellschaft auf. Die Lage ist ernst, denn autoritäre Populisten greifen derzeit in vielen Ländern die Pressefreiheit und andere demokratische Prinzipien an.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Fotos: Minasse Wondimu Hatul/picture-alliance/AA; dem

Debatte



Gewaltige Aufgabe

Erstmals steht ein Vertreter der Volksgruppe der Oromo an der Spitze Äthiopiens: der eloquente, mehrsprachige, 42-jährige Abiy Ahmed Ali. Er hat eine gewaltige Aufgabe angenommen, denn er erbt ein tief gespaltenes Land, schreibt Ludger Schadomsky, Leiter des amharisch-sprachigen Dienstes der Deutschen Welle für Äthiopien.

SEITE 12

Tribüne



Globale Transformation

Deutschlands Energiewende ist längst zum internationalen Exportschlager geworden. Doch eine Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien reicht nicht aus, um den Klimawandel zu bremsen. Nötig ist eine Transformation der Weltwirtschaft. Das wurde auf einer internationalen Konferenz in Berlin deutlich, von der E+Z/D+C-Praktikant Drake Jamali berichtet. SEITE 19

Leerer Bauch studiert nicht gern

Hungernde oder mangelernährte Kinder lernen schlechter als andere. Kostenlose Schulspeisung ist daher eine erfolgreiche entwicklungspolitische Maßnahme – vor allem in Ländern wie Kambodscha mit einer sehr hohen Einschulungsrate. Denn dort werden auch die meisten Kinder der ärmsten Haushalte erreicht. Der Ethnologe Frank Bliss stellt entsprechende Studienergebnisse dar.

SEITE 21

SDGS

Offizielle Statistiken müssen besser werden

Die zunehmende Nachfrage nach öffentlichen Leistungen setzt lokale Regierungen und andere Beteiligte unter Druck. Solide Datengrundlagen würden Entscheidungsträgern nutzen.

Von Drake Jamali

Statistiken sind in Entwicklungsländern grundsätzlich problematisch. Ohne die Hilfe von Experten vor Ort, die verlässliche Daten erheben, können weder internationale Organisationen noch nationale Regierungen den Erfolg im Hinblick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) messen. Derzeit sind mehrere Organisationen in dem Bereich aktiv, darunter das UN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Office for Coordination of Humanitarian Affairs – OCHA).

Nach Angaben von OCHA-Mitarbeiter Kareem Elbayar gehören fehlende Daten zu den größten Problemen für viele Beteiligte am SDG-Prozess. OCHA hat ein großes Datenaustauschnetz mit 400 Partnern weltweit ins Leben gerufen, die zusammen rund 6 000 Datensätze geschaffen haben. Elbayar

erklärt: „Das Ziel von OCHA ist, Daten für jeden überall kostenfrei zur Verfügung zu stellen.“ Es sollen ein vertrauenswürdiger Rahmen und Grundlagen zur Messung des SDG-Fortschritts geschaffen werden, wie er im März bei einer UN-Konferenz zu den SDGs erläuterte. Dieser Rahmen könne den Beteiligten die nötigen Informationen für effektivere Maßnahmen bieten.

Die größte Herausforderung besteht dem UN-Mitarbeiter zufolge darin, die Informationen zusammenzutragen, die später von Nutzen sein werden. Welche das sind, liegt nicht immer auf der Hand. Ein Beispiel, wo Behörden und Hilfsorganisationen zuverlässige Daten fehlten, um die Katastrophe richtig einzuschätzen, war laut Elbayar die Rohingya-Flüchtlingskrise in Myanmar und Bangladesch. „Das Ziel der Datenerhebung ist, dass keine Gruppe ausgeschlossen wird“, betont er.

Satellitengestützte Systeme wie GPS können NGOs dabei unterstützen, die Hilfe dorthin zu schicken, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Joachim Post vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sagt: „Unser Ziel ist die Kombination moderner Technologien für

die Datenerhebung zur Maximierung der Hilfsmaßnahmen.“ Er hoffe, dass relevante Informationen über ein großes Datennetz jeden erreichen, der sie braucht. So könnten Entwicklungsländer gute Grundlagen zum Erreichen der SDGs schaffen.

Satellitenbilder geben zum Beispiel Aufschluss über die Qualität der regionalen Schulinfrastruktur. Doch Catherine Blampied vom Thinktank Overseas Development Institute (ODI) in London betont, dass auch mehr ausgebildete Statistiker vor Ort gebraucht würden. „Man kann den lokalen Statistik-Institutionen kaum vertrauen, weil sie in der Regel keine Daten von hoher Qualität sammeln.“ Um mehr Experten in abgelegene Gebiete zu locken, muss mehr Geld in die Hand genommen werden.

Die Wissenschaftlerin arbeitet seit 2016 daran, Datengrundlagen zu schaffen. Bisher bezieht sich ihre Arbeit auf Ghana, Kenia und Nepal, mit Schwerpunkten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Infrastruktur. Sie hat festgestellt, dass für viele Regionen kaum oder gar keine betreffenden Daten vorlagen. Große Unterschiede gab es demnach zwischen ländlichen und urbanen Gegenden.

In Ghana zum Beispiel steht Bildung ganz oben auf der Agenda der Regierung, mehr als ein Viertel aller öffentlichen Ausgaben fließen laut Blampied in den Bereich. Trotzdem fehlten sehr viele Daten, um Lernerfolge zuverlässig zu messen. Der Wissenschaftlerin zufolge „gehen derzeit 18 Prozent der Kinder, vor allem Mädchen, in Nordghana nicht zur Schule, während der Landesdurchschnitt nur bei vier Prozent liegt.“ Der Unterschied rühre vermutlich daher, dass Nordghana überwiegend ländlich und weniger entwickelt sei als der Süden des Landes.

Ein weiteres großes Problem stellen fehlende Daten über benachteiligte Gruppen dar, etwa über Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI). Justus Einfeld vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) weist darauf hin, dass „44 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern leben, in denen es illegal ist oder schwer bestraft wird, Teil der LGBTI-Community zu sein.“ Diskriminierung erschwere grundsätzlich die Datenerhebung. Selbst in entwickelten Ländern sei die Datenlage über sexuelle Minderheiten schlecht, denn Stigmatisierung führe dazu, dass Betroffene in Umfragen eher nicht die Wahrheit sagten.



Satellitenfotos sind hilfreich, ersetzen aber nicht die Datenerhebung vor Ort. Siedlung in Nordghana.

SDGS

Neue Entwicklungsfinanzierung

Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen wird viel Geld kosten. Neue Finanzierungsmöglichkeiten könnten helfen, bestehende Lücken zu schließen.

Von Drake Jamali

Um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erreichen, könnten neue Finanzierungsoptionen helfen. Tauni Lanier von der internationalen Multi-Stakeholder-Plattform United Smart Cities zählt „Diaspora Bonds“ dazu. Solche Staatsanleihen werden Migranten, die weiterhin enge Verbindungen zu ihrem Ursprungsland haben, angeboten. Die indische Regierung führte beispielsweise India Development Bonds (IDBs) ein, die im Ausland lebende

ein herausragendes Beispiel für die Suche „nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten, um in Infrastruktur und Sozialleistungen investieren zu können“. Anleihehaber erzielten mit den IDBs höhere Erträge als mit zehnjährigen US-Staatsanleihen. Um die SDGs zu erreichen, hat die indische Regierung zudem kürzlich die National Institution for Transforming India gegründet. Ein Teil von deren Arbeit soll mit Diaspora Bonds finanziert werden.

Auch durch sogenannte „Social Impact Bonds“ lassen sich Lanier zufolge potenzielle Investoren für Entwicklungsprogramme finden. Solche Wertpapiere sind für Philanthropen attraktiv, die aus karitativen Beweggründen bestimmte Projekte fördern wollen. Mit Social Impact Bonds ließen sich beispielsweise Haftanstalten unterstützen,

toewährungen sind digitales Geld wie Bitcoin, das vor Hackerangriffen und Betrug geschützt ist. Mit Blockchain-Software können Akteure aus dem privaten und öffentlichen Sektor eigene Kryptowährungen entwickeln. „Es gibt bereits 11 Blockchain Start-ups speziell für die SDG“, berichtet Lanier.

Ihrer Meinung nach ist im Prinzip genügend Geld für Entwicklung verfügbar, nur komme es oft nicht an den richtigen Stellen an. „Blended Finance“ könnte helfen. In dieser Mischfinanzierung werden traditionelle Spendengelder und kommerzielle Finanzierungsmodelle, die Zinsen bringen, miteinander verknüpft. Wer spendet, so argumentiert Lanier, verliert das eingesetzte Geld komplett, aber mit einem marktorientierten Ansatz verbunden, seien „Renditen von acht Prozent“ möglich. Das sei für institutionelle Anleger wie amerikanische Rentenfonds attraktiv.

Neue Finanzierungskonzepte sind sicherlich nötig. Denn laut der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UN Conference on Trade and Development – UNCTAD) könnten die SDGs mehr als 2,5 Billionen Dollar kosten.

Aus Sicht von Domenica Carriero von der UN-Wirtschaftskommission für Europa ist die Finanzierung allerdings nicht das einzige Problem: „Nationale und lokale Regierungen sind die wichtigsten Akteure“, warnt sie. Ohne deren politischen Willen werde es kaum gelingen, neue Finanzquellen zu erschließen. Carrieros Meinung nach ist es deshalb unerlässlich, Regierungen und andere Institutionen, die sich zu den SDGs bekannt haben, in die Verantwortung zu nehmen. Graswurzel-Projekte seien besonders in Ländern mit schwacher Infrastruktur wichtig, in denen Top-down-Programme nur schwer implementiert werden können.

Ausgesprochen wichtig findet Carriero zudem, dass Schwellen- und Entwicklungsländer ihre amtlichen Statistiken verbessern (siehe Beitrag S. 4). Verlässliche Daten seien nötig, um Entwicklungsprojekte zu überprüfen und zu finanzieren. In weniger wohlhabenden Städten könne Hilfe zur Selbsthilfe auf Stadtteilebene nützlich sein. Finanzierungsmöglichkeiten ließen sich aber nur auf der Grundlage kluger Politik und verlässlicher Daten maximal nutzen. Das Engagement von Bürgern und Interessenverbänden müsse berücksichtigt werden. Alphabetisierung helfe auch, sagt Carriero.



Die Regierung Indiens möchte, dass Auswanderer in ihre Entwicklungsprogramme investieren: Indische Migranten feiern in der kanadischen Provinz Ontario tamilische Kultur.

Migranten kaufen können, um Entwicklungsprogramme in der alten Heimat zu unterstützen. Lanier beziffert die Heimatüberweisungen dieser Zielgruppe auf jährlich rund 70 Milliarden Dollar.

Die IDBs sind aus Sicht der Finanzexpertin der Stadtentwicklungs-Plattform

die Gefangene angemessen behandeln, sie beruflich qualifizieren und durch Präventionsarbeit Rückfälle verhindern, sagte Lanier im März auf einer SDG-Konferenz in Bonn.

In „Crypto Currencies“ sieht die ehemalige Investmentbankerin eine weitere Option der Entwicklungsfinanzierung. Kryp-

INVESTITIONSKLIMA

Neue Geschäftsmodelle

Burundis jüngste Geschichte ist von politischen Unruhen und Gewalt geprägt. Trotzdem gründen die Menschen – vor allem Frauen – neue Unternehmen und verfolgen innovative Ansätze. Sie wollen etwas ändern in ihrem Land und das Investitionsklima verbessern.

Von Drake Jamali

Annick Kabatesi will aus Burundi das Modzentrum Ostafrikas machen. Ihre Firma Murundikazi vertreibt eine ganze Reihe von Produkten; außer Kleidung reicht das Angebot von Accessoires bis zu Haushaltswaren, die aus alten Plastiktüten hergestellt werden. Die Ostafrikanische Gemeinschaft bemüht sich seit 2014 darum, Plastikmüll zu reduzieren. Burundi war eines der ersten Länder, die entsprechende Maßnahmen umgesetzt haben. „Wenn wir derartige Säuberungsinitiativen effektiv nutzen, können wir solche nachhaltigen Geschäftsmodelle in ganz Afrika etablieren“, sagt Kabatesi. Der CO₂-Verbrauch ihrer Waren sei minimal, da sie dafür bereits verwendetes Plastik benutze. Sie betont, dass alle Produkte lokale Rohstoffe verwenden und Beschäftigung vor Ort schaffen.

Das Geschäftsklima in Burundi hat sich deutlich verbessert. Anny Darlene



Burundische Textilhersteller wissen die Vorteile einer Berufsausbildung zunehmend zu schätzen.

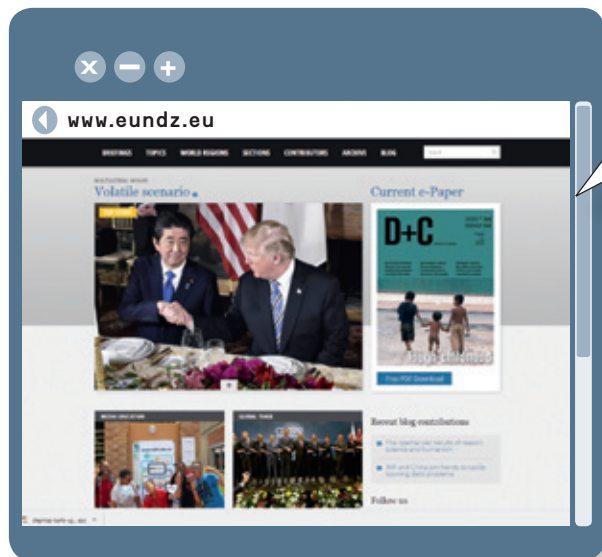
Ndorimana, Gründerin der Beratungsfirma RC Retraining, sagt: „Unternehmer wollen eine gute Geschäftskultur in Burundi schaffen.“ Das gelte vor allem für die wachsende Mode- und Textilindustrie. Die Digitalisierung erleichtere den Zugang zu Märkten. „Es ist eine gute Zeit, um in Burundi zu expandieren.“

Ndorimana berichtete bei einer Podiumsdiskussion im April in Stuttgart, dass manche kleinen und mittleren Unterneh-

men begännen, das deutsche System der Berufsausbildung zu kopieren, indem sie Lehrprogramme für junge Leute entwickelten. Die Veranstaltung wurde von der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg durchgeführt, das eine Partnerschaft mit dem kleinen ostafrikanischen Land hat.

Ndorimana glaubt, dass es möglich ist, ein Umfeld für nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen: „Burundi muss Geschäftsmodelle ausprobieren, die für die Menschen hier funktionieren, und seinen eigenen Weg für ein Wachstum des Privatsektors finden.“ Junge Unternehmer haben nach wie vor mit Schwierigkeiten zu kämpfen, besonders wenn es darum geht, Finanzpartner oder institutionelle Unterstützung zu finden. Ndorimana hofft auch auf einen Beitrag der Regierung, um das Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern.

Ginette Karirekinyana hat sich mit ihrem Unternehmen Karire Products den Kampf gegen Malaria auf die Fahnen geschrieben. Sie verkauft Seife, die Mücken abhalten soll, und Tee, der das Risiko, gestochen zu werden, ebenfalls mindern soll. Ihrer Ansicht nach sollte das Malaria-Problem mit Hilfe lokal verfügbarer Mittel angegangen werden: „Ich will Burundiern Alternativen zu teureren und oft nicht erhältlichen westlichen Anti-Malaria-Mitteln zur Verfügung stellen.“ Karirekinyana verwendet lokale Pflanzen und Kräuter, die gegen Mücken wirken. Sie sei stolz darauf, dass ihr Unternehmen zum Erreichen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen könne.



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu



AGENDA 2030

Verbesserungswürdige Partnerschaften

Damit die Sustainable Development Goals (SDGs) weltweit umgesetzt werden können, braucht es Partnerschaften zwischen verschiedenen Akteuren. Eine aktuelle Studie beschäftigt sich mit der Frage, welche Partnerschaften erfolgreich sein können und zeigt auch auf, welche bereits bestehen. Die bisherigen Erfahrungen sind demnach durchmischt.

Von Sabine Balk

Die Studie „Partnerschaften im Dienst der Agenda für nachhaltige Entwicklung“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) von Marianne Beisheim und Anne Ellersiek nimmt sogenannte Multi-Stakeholder-Partnerschaften (MSP) in den Blick. Das sind dauerhafte Kooperationen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren (wie NGOs oder Wirtschaftsunternehmen) mit dem Ziel, Gemeinschaftsgüter bereitzustellen. Gemäß SDG 17 sollen MSP zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Technologie und finanziellen Ressourcen beitragen. Als Beispiel für eine erfolgreiche MSP wird die Impfallianz GAVI genannt, der Regierungen von Industrie- und Entwicklungsländern, die Weltgesundheitsorganisation, die Weltbank, die Bill & Melinda Gates Foundation, NGOs, Impfstoffhersteller, Forschungseinrichtungen sowie private Geber angehören.

Erfolgreiche Partnerschaften müssten effektiv, inklusiv und verantwortlich sein. Dazu bedürfe es zahlreicher Voraussetzungen, weshalb „gezielte Rahmensetzung“ und „kontinuierliche Lernprozesse“ wichtig seien. Die Arbeit von MSP müsse immer wieder überprüft und verbessert werden.

Die Autorinnen stellen unter anderem die Ergebnisse einer Befragung internationaler Akteure aus UN-Organisationen, Geber-Institutionen, Regierungen und privaten Initiativen vor. Sie analysierten deren Einschätzung über die bisherigen Leistungen der Partnerschaften und wollten wis-

sen, welche Rahmenbedingungen sie für künftige Partnerschaften empfehlen.

Alle Befragten seien sich einig, dass Partnerschaften transformativer, inklusiver und verantwortlicher werden müssten. Darüber, ob und wie das gelingen kann, gingen die Meinungen aber auseinander. Viele NGOs lehnten laut Beisheim und Ellersiek Partnerschaften mit der Privatwirtschaft, so genannte Public Private Partnerships (PPP), ganz ab. Zumindest sollten Regierungen die Gestaltungshoheit haben und strenge Regeln für die Unternehmen einfordern.

Im Gegensatz dazu lehnten den Autorinnen zufolge eher realpolitische und wirtschaftsaffine Gruppen zu viel Bürokratie ab, weil sie potenzielle Partner abschrecke und Innovation und Flexibilität verhindere. Die größte Gruppe der Befragten befände sich aber in der Mitte beider Positionen. Sie wollten Partnerschaften aufbauen, wüssten aber oft nicht genau wie. Konkrete Handlungsempfehlungen, wie MSP besser gestaltet werden könnten, konnten Beisheim und Ellersiek aber nicht liefern, wie sie selbst bedauern. Die Interviews seien zu wenig ergiebig gewesen, und nur wenige Interviewte hätten konkrete Vorstellungen gehabt.

Deshalb widmet sich der Großteil der Studie der Fragestellung, inwiefern die UN, Geber-Institutionen, Regierungen oder private Akteure bereits eine „Meta-Governance“ erbringen, um Partnerschaften gezielter aufzubauen, zu lenken und zu überprüfen. Unter Meta-Governance verstehen die Autorinnen übergeordnete Prinzipien und Regeln, die die Arbeit von Partnerschaften unterstützen sollen. Auch hier sind die Ergebnisse gemischt. Zwar gebe es einige Ansätze von Meta-Governance, insgesamt sei diese aber nicht kohärent, sondern eher fragmentiert. Als Beispiel für Meta-Governance nennen die Autorinnen, dass Geber Partnerschaften durch die Vergabe von Mitteln und die begleitenden Regelungen und Bedingungen förderten und gestalteten. Da-

bei nutzten Geber aber ihr Potential bislang noch nicht ausreichend.

Deutschland hat derzeit mit Bangladesch und Uganda den Ko-Vorsitz der Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC). Eines ihrer Ziele ist es, Partnerschaften gemäß den Prinzipien der Wirksamkeit von Hilfe (aid effectiveness) aufzubauen. Deutschland sollte nach Ansicht der Autorinnen das Thema vorantreiben. Als sinnvoll erachten sie, dass die GPEDC eine Plattform bereitstellt, über die Partnerschaften Erfahrungen austauschen und zusammenarbeiten könnten.

LINK

Beisheim, M. und Ellersiek, A., 2018:
Partnerschaften im Dienst der Agenda für nachhaltige Entwicklung (SWP):
https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S22_bsh_elk.pdf



Eine von GAVI durchgeführte Pneumokokken- und Rotavirus-Impfung in Ghana. GAVI ist ein erfolgreiches Beispiel für eine Multi-Stakeholder-Partnerschaft.

Foto: GAVI/Doune Porter

ARMUT

Mangelhafte Konzepte

Arme Menschen werden meist nicht danach gefragt, wie sie ihre Situation selbst wahrnehmen – weder von Mitarbeitern von Entwicklungsorganisationen noch von Wissenschaftlern. Das schränkt unser Verständnis von Armut ein und verzerrt die Politikgestaltung.

Von **Monika Hellstern**

Die Wissenschaftler Mariano Féliz und Aaron L. Rosenberg untersuchen in einem von ihnen herausgegebenen Buch, wie man arme Menschen mehr einbezieht. Sie argumentieren, dass Armut häufig als ein rein quantifizierbares Phänomen wahrgenommen wird. Das weithin akzeptierte Armutsmaß der Weltbank (weniger als die Kaufkraft von 1,90 Dollar pro Tag und Kopf) ist ein Beispiel. Armut ist aber mehr als ein Mangel an Geld. Für Subsistenzlandwirte etwa ist Geld weniger wichtig als andere Ressourcen. Das Armutsverständnis im Entwicklungsdiskurs ist für die beiden Wissenschaftler weit von der Erfahrung der Betroffenen entfernt.

Wie Jude Ssempebwa und Jacqueline Nakaiza in einem Buchkapitel argumentieren, sind viele Programme zur Armutsbekämpfung in Subsahara-Afrika gescheitert, weil die Perspektiven der Zielgruppen nicht berücksichtigt wurden. Programme zur Armutsbekämpfung sind effektiver, wenn sie die Betroffenen an der Gestaltung und Umsetzung beteiligen, argumentieren die Autoren.

Die betroffenen Personen nehmen sich vielleicht nicht als arm wahr, auch wenn die wissenschaftliche Definition etwas anderes sagt. Mitarbeiter in Entwicklungsorganisationen vernachlässigen die Ressourcen armer Menschen, bemängeln Ssempebwa und Nakaiza. Arme Menschen sollten nicht als passive Konsumenten, sondern als Handelnde gesehen werden.

In einem weiteren Kapitel analysieren Pablo E. Pérez und Brenda Brown den Wandel in den Sozialschutzsystemen in Lateinamerika. Die Einführung von Conditional Cash Transfer-Programmen seit den

1990er Jahren hatte ihrer Ansicht nach nur begrenzten Erfolg. In diesen Programmen erhalten arme Familien Geld unter der Bedingung, dass sie ihre Kinder zur Schule oder zu Gesundheitsdiensten schicken. Außerdem versuchen sie die Berufsaussichten von Arbeitslosen zu verbessern, indem sie Geldleistungen mit der Teilnahme an Trainingsmaßnahmen verknüpfen.

Solche Programme könnten zwar die Schwere der Armut verringern, meinen die Autoren, Menschen blieben aber weiterhin arm. Sie könnten ihre Grundbedürfnisse besser decken, sozialer Aufstieg sei aber nicht möglich. Die Transferprogramme dienen dazu, arme Menschen zu kontrollieren und zu steuern, kritisieren Pérez und Brown. Sie finden es problematisch, dass Menschen nachweisen müssen, dass sie es Wert sind, unterstützt zu werden.

Innocent Chirisa's Forschung zu Urbanisierung in Afrika zeigt, dass arme Menschen resilient und handlungsfähig sind. Armensiedlungen rund um afrikanische Städte seien angewachsen, was neue Herausforderungen mit sich bringe. Viele Bewohner hätten keinen Zugang zu einer angemessenen Grundversorgung mit Wasser und Sanitäranlagen, Elektrizität oder Transport. Zudem befänden sich informelle Siedlungen häufig auf ungenutzten Deponien und Feuchtgebieten, die anfällig für Überschwemmungen sind.

Dennoch nutzten Bewohner ihre Chancen, schreibt Chirisa. Zum Beispiel erwirtschafteten Menschen in Addis Abeba, der Hauptstadt Äthiopiens, Einkommen durch stadtnahe Landwirtschaft und Gartenbau. Sie versorgten mit ihren Erzeugnissen städtische Märkte. Studien zeigten, dass sie rund ein Drittel des in der Stadt konsumierten Gemüses produzieren.

Township-Bewohner in Südafrika sind ein weiteres Beispiel. Laut Chirisa verdienen sie ihren Lebensunterhalt, indem sie Waren verkaufen, Geschäfte betreiben und Reparaturen anbieten. Politische Entscheidungsträger sollten in der Gestaltung von Verwaltungssystemen Innovationen der Bewohner informeller Siedlungen berücksichtigen.

Das Buch zeigt, dass Armut kein dauerhafter Mangelzustand ist und nicht nur ökonomisch definiert werden kann. Es ist wichtig, „die Armen“ als aktive Menschen anzuerkennen, die ihre Situation mit eigenen innovativen Mitteln angehen. Darüber hinaus gibt es vermutlich keine universelle Idee des guten Lebens, die von oben durchgesetzt werden kann und soll – weder von nationalen Regierungen noch von inter-



Im ägyptischen Kairo verdienen Müllsammler ihren Lebensunterhalt, indem sie Müll sammeln und sortieren.

nationalen Gebern. Entwicklungsanstrengungen sollten die Perspektiven der Zielgruppen berücksichtigen, um effektiver zu sein.

BUCH

Féliz, M. und Rosenberg, A. L. (Hrsg.), 2017: The Political Economy of Poverty and Social Transformations of the Global South. Stuttgart, ibidem-Verlag.

Übergewicht ist das neue Gesundheitsproblem

Von Kindern bis zu über Siebzigjährigen – immer mehr Menschen in Simbabwe sind übergewichtig. Dies ist eine Folge des veränderten Lebensstils, vor allem in Städten und bei der neu entstandenen Mittelschicht. Die Menschen bewegen sich weniger und essen mehr Fertiggerichte. Warnungen von Gesundheitsexperten verhallen ungehört.

Tigere Chitagu ist 24 Jahre alt und bereits übergewichtig. Er lebt in der Armenvorstadt Mabvuku von Harare, Simbabwes Hauptstadt. Chitagus Eltern sind vor zehn Jahren ins Nachbarland Südafrika ausgewandert, um bessere Arbeit zu suchen. Sie schicken ihm und seinen Geschwistern regelmäßig Grundnahrungsmittel wie Maismehl und Öl.

„Meine Geschwister und ich leben von den Nahrungsmitteln, die unsere Eltern uns aus Johannesburg schicken. Essen in Südafrika ist billiger“, erklärt

Chitagu. Zu seinem Gewicht von fast 90 Kilo in seinem jungen Alter meint Chitagu, er sei darüber glücklich: Für ihn ist es ein Zeichen guten Lebens. „Ich habe genug zu essen, und deshalb bin ich dick“, sagt er stolz.

Aber hinter seinem Rücken lästert seine Nachbarin Loveness Chipiri, dass Chitagu und seine Geschwister von dem Fertiggerichten aus Südafrika abhängig seien. „Diese Jungs essen zu viel von dem Zeug, das ihre Eltern aus Südafrika schicken. Deswegen sind sie alle so fett“, sagt Chipiri.

Heutzutage ist eine wachsende Zahl von Simbabweern übergewichtig. Mit ihrer ungesunden Ernährungsweise riskieren sie, Krankheiten wie Bluthochdruck oder Diabetes zu bekommen, die mit Übergewicht zusammenhängen. Langfristige Konsequenzen können Schlaganfall, Herzinfarkt und Nierenversagen sein.

Laut Takudzwa Mhere, einem Arzt mit einer privaten Praxis in Harare, halten Gesundheitsexperten die Menschen dazu an, ein gesünderes Essverhalten zu entwickeln und sich mehr zu bewegen. Er bedauert, dass viele Leute „Sport hassen“. Zu wenig Bewegung verstärkt die Gesundheitsrisiken, aber übergewichtigen Menschen fällt Sport besonders schwer.

Der „Zimbabwe Demographic Health Survey“ von 2015 zeigt, dass 35 Prozent der simbabwischen Frauen und 12 Prozent der Männer adipös sind. Übergewicht ist am häufigsten bei Frauen mit universitärer Ausbildung (57 Prozent) und aus den reichsten Haushalten (50 Prozent). Simbabwe hat rund 16 Millionen Einwohner, davon 54 Prozent Frauen.

Der Direktor der Abteilung Familiengesundheit im Ministerium für Gesundheit und Kinder, Bernard Madzima, sagt, heutzutage würde „zu Konsum ermutigt“. Dies trage zur Zunahme von Übergewicht in Simbabwe bei. „Übergewicht ist ein Ergebnis von schlechter Ernährung und Inaktivität. Ungesunde Nahrungsmittel führen zu mehr übergewichtigen Menschen“, erklärt Madzima.



JEFFREY MOYO
ist Journalist und lebt in Harare.

moyojeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
59. Jg. 2018

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)

Tel. (0 69) 75 01-43 66

Fax (0 69) 75 01-48 55

euz.editor@fazit-communication.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über die Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

Art direction: Sebastian Schöpssdau

Layout: Jan Walter Hofmann

Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



DR KONGO

Gefährliches Spiel mit der Macht

Präsident Joseph Kabila hat die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Demokratischen Republik Kongo bereits zum dritten Mal verschoben; sie sollen nun am 23. Dezember 2018 stattfinden. Die politische Hängepartie führt zu einer immer schlechter werdenden sozialen, wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Lage.

Von Gesine Ames

Kabilas Familie hat sich ein Firmenimperium aufgebaut, dessen Profit sie sich zu großen Teilen in die eigene Tasche wirtschaftet. Gleichzeitig mauert sich der Präsident zunehmend ein: Er hat eine private Präsidialgarde installiert und im Zuge einer Reform Posten im Polizei- und Armeeapparat mit Anhängern besetzt. Im Schatten der zum großen Teil nicht funktionierenden staatlichen Institutionen haben sich informelle Strukturen etabliert, die dem Präsidenten zuspitzen. Diese Entwicklungen deuten nicht darauf hin, dass Kabila freiwillig auf eine verfassungswidrige dritte Amtszeit verzichten könnte.

Die Regierung ließ verlauten, dass sie die rund 1,2 Milliarden Dollar, die die Wahlen nach ihren eigenen Angaben kosten sollen, selbst aufbringen und sich keinen Konditionen von außen unterwerfen werde. Was dies bedeutet, ist unklar. Bedarf es keiner externen Finanzierung, keiner logistischen und technischen Unterstützung und keiner unabhängigen Wahlbeobachter?

Heftige Debatten werden auch um elektronische Wahlmaschinen geführt. Die unabhängige Wahlkommission CENI befürwortete ihren Einsatz, viele Stimmen aus Opposition und Zivilgesellschaft lehnen ihn ab. Man dürfe nicht mit unbekanntem Technologien experimentieren, die Anwendung sei kompliziert, die Umsetzung in ländlichen Gebieten nicht möglich. Zudem dient die Verwendung von Wahlmaschinen Kritikern zufolge dazu, die Wahl im Sinne der Regierung zu manipulieren.

Angesichts des politischen Vakuums hat sich die Sicherheitslage enorm verschlechtert. Gewalttätige Übergriffe sind an der Tagesordnung. Aufgrund fehlender Sicherheits- und Justizstrukturen formiert sich neben den Dutzenden aktiven Milizgruppen (s. Interview mit Christoph Vogel in E+Z/D+C e-Paper 2018/02, S. 26) ein unüberschaubares Banditentum. Jahrelang waren Konflikte und Krisen hauptsächlich auf die rohstoffreichen Ostprovinzen des Landes konzentriert, nun weiten sie sich aus. Milizen formieren sich neu, gehen Bündnisse ein und unterstreichen ihre wirtschaftlichen Ambitionen mit politischen Parolen. Leidtragende der zunehmenden Gewalt ist die lokale Bevölkerung. Das UN-Flüchtlingswerk zählt aktuell rund 4,5 Millionen Binnenvertriebene sowie mehr als 622000 Menschen, die in Nachbarländer flüchteten.

Katholische Laienorganisationen haben im Januar und Februar landesweit zu

friedlichen Protesten gegen den Machtmissbrauch und für einen gewaltfreien Regierungswechsel aufgerufen. Ihnen schlug die brutale Gewalt der Sicherheitskräfte entgegen. Die UN-Blauhelmission MONUSCO spricht von mindestens acht Toten, über 150 Verletzten und mehr als 220 Verhafteten – darunter auch viele Geistliche.

Die Regierung verurteilt diese Vorkommnisse nicht. Im Gegenteil: Der katholischen Kirche wird politische Einmischung vorgeworfen. Sie könne sich zu sozialen Themen äußern, habe aber zu politischen Themen zu schweigen. Zudem habe die Regierung alles Recht, der „terroristischen Gewalt“ Einhalt zu gebieten. Unter den Begriff werden schnell alle kritischen Stimmen gefasst. Unter diesen Umständen ist es absolut unverständlich, dass die DR Kongo im Oktober 2017 als Mitglied in den UN-Menschenrechtsrat gewählt wurde.

Der UN-Sicherheitsrat stimmte am 27. März einer Verlängerung des Blauhelmmandates für die DR Kongo zu und beschloss eine Erweiterung zum Schutz von „friedlichen Demonstranten“. Das stellt die Mission vor neue Herausforderungen und drängt auch den Sicherheitsrat zu stärkerem politischen Agieren, denn rein operativ wird die Mission bei den schwierigen Verhältnissen keine Fortschritte machen.

Aufgrund der Zersplitterung der Opposition fehlt ein Korrektiv zur amtierenden Regierung. Daher sind die Erwartungen an die Kirchen hoch. Die katholische Bischofskonferenz CENCO fordert trotz aller Repressalien weiterhin einen friedlichen Amtswechsel, politische Verantwortung, die Einhaltung der Verfassung und transparente und faire Wahlen. Sie benötigt dringend die Unterstützung der protestantischen Kirchen; große Hoffnung ruht diesbezüglich auf dem neuen Präsidenten der großen protestantischen Kirche ECC. Auch die Europäische Union muss die Kirchen und die Bürgerbewegungen im Land in ihren Anliegen unterstützen und den Druck auf die Regierung, aber auch die Gespräche mit der Afrikanischen Union und den Nachbarstaaten intensivieren.



Die Sicherheitslage wird immer schlechter: Binnenflüchtlinge in Bunia im Ostkongo.



GESINE AMES
ist Koordinatorin des
Ökumenischen Netzes
Zentralafrika (ÖNZ).
office@oenz.de

WELTWIRTSCHAFT

Faire Handelspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen

Die Bundesregierung will Flucht- und Migrationsursachen unter anderem durch faire Handelsverträge mit den Herkunftsländern bekämpfen. Dies setzt aber ein Umdenken der EU voraus, wie die Erfahrungen mit Nordafrika zeigen.

Von Nassir Djafari

Die meisten Migranten und Flüchtlinge, die nach Europa kommen, stammen aus Ländern, deren wichtigster Handelspartner die Europäische Union (EU) ist. Der Warenaustausch mit Europa beeinflusst die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung in den Krisenländern und damit auch die Umstände, die Menschen veranlassen, ihre Heimat zu verlassen. Nordafrika spielt hierbei eine herausragende Rolle, nicht nur als Ursprungs- und Transitgebiet, sondern auch, weil die EU auf fast 50 Jahre bilaterale Präferenzabkommen mit den Ländern der Region zurückblickt.

Neuere Untersuchungen zeigen, dass sich der Freihandel mit der EU zum Nachteil Nordafrikas ausgewirkt hat. Mit dem Abbau von Handelsbarrieren eroberten Industriegüter aus der EU die Märkte Nordafrikas und verdrängten die weniger wettbewerbsfähigen regionalen Anbieter. Die Folge war der Rückgang der Produktion und die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Maßgeblich für diese Entwicklung war die Neuordnung

der Handelsbeziehungen im Rahmen der 1995 begründeten Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP).

Die in den 1970er Jahren geschlossenen Kooperationsverträge wurden im Rahmen der EMP durch umfassendere Assoziierungsabkommen abgelöst, mit denen der bis dahin geltende Schutz für die Industrie der Partnerländer wegfiel. Die alten Verträge hatten den Nordafrikanern einerseits freien Zugang zum europäischen Markt gewährt, andererseits jedoch erlaubt, Zölle zu erheben und damit ihre eigene Wirtschaft zu schützen. Mit der EMP wurden die Zollschranken innerhalb von zwölf Jahren nach Vertragsschluss aufgehoben.

Der Agrarsektor hingegen wurde nur zögerlich geöffnet. Es gab wenige Handels erleichterungen, und auf eine Reihe von Erzeugnissen wie Obst oder Fisch erhebt die EU weiterhin hohe Zölle. Zugleich verfügen europäische Landwirte dank der EU-Subventionen über Wettbewerbsvorteile gegenüber den Produzenten in Nordafrika.

Die EU will nun mit dem „Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA)“ den Freihandel mit der Region weiter ausbauen und nahm bisher Verhandlungen mit Ägypten, Marokko und Tunesien auf. Im Unterschied zu den bisherigen Assoziierungsabkommen sollen auch der Agrarhandel, Dienstleistungen und ausländische Direktinvestitionen liberalisiert wer-

den. Darüber hinaus ist die Harmonisierung der Beschaffungsregeln und Qualitätsstandards vorgesehen, wobei die Partnerländer die Bestimmungen der EU übernehmen sollen. Dies setzt umfassende Reformen voraus, wofür die EU technische Hilfe zusagt.

Im Agrarsektor soll die Liberalisierung erst nach einer Übergangszeit erfolgen. So ist die EU bereit, ihren Markt weitgehend zu öffnen, räumt dem Partnerland aber eine Frist von bis zu zehn Jahren ein, bis es seine Zollschranken aufhebt.

Die Vorzugsbehandlung der Partnerländer während einer Übergangszeit, in der sie sich auf den Freihandel vorbereiten, ist zwar grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings haben sich derartige Fristen beispielsweise in der marokkanischen Textilbranche als zu kurz erwiesen, um den Rückstand gegenüber der europäischen Konkurrenz auszugleichen. Angesichts des Entwicklungsgefälles sowie des bisher geringen Reformfortschritts ist es schwer vorzusagen, wie lange der Aufholprozess dauert.

Selbstverständlich kommen die nordafrikanischen Länder nicht umhin, sich langfristig dem Weltmarkt zu öffnen. Aber anstelle starrer zeitlicher Vorgaben sollte die Dauer des Importschutzes vom Grad der Wettbewerbsfähigkeit abhängig gemacht werden. Geschieht dies nicht, kann es zur Verdrängung der regionalen Betriebe führen und zu mehr Arbeitslosen.

Und schließlich führt die Komplexität des DCFTA, insbesondere die geforderte Einführung von EU-Normen und Standards, an der Realität der nordafrikanischen Länder vorbei. Sie verfügen über keine EU-Beitrittsperspektive, die einen derartigen Reformdruck rechtfertigen würde. Ihre Regierungen haben bereits alle Hände voll zu tun, eine weitere Zuspitzung der sozialen Spannungen und die Erosion der staatlichen Ordnung zu vermeiden. Die EU könnte mit einer Handelspolitik, die weniger ambitiös ist, dafür aber die Interessen der Partnerländer stärker berücksichtigt, einen signifikanten Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen leisten. Für die Bevölkerung würden daraus neue Perspektiven im eigenen Land erwachsen.



Zuckerrohrernte in Luxor, Ägypten.



NASSIR DJAFARI
ist Ökonom und freier Autor.

nassir.djafari@gmx.de

ÄTHIOPIEN

Gewaltige Aufgabe

Mit dem eloquenten, mehrsprachigen, 42-jährigen Abiy Ahmed Ali steht erstmals ein Vertreter der Volksgruppe der Oromo an der Spitze Äthiopiens. Damit hat er eine gewaltige Aufgabe angenommen, denn er erbt ein tief gespaltenes Land.

Von Ludger Schadomsky

Es dauerte sechs lange Wochen, bis nach der Rücktrittsankündigung von Amtsinhaber Hailemariam Desalegn ein neuer Ministerpräsident gefunden war. Die Zeit war geprägt von punktuell aufflammenden, gewaltsamen Protesten, der Freilassung und Neuverhaftung von Journalisten und Oppositionellen, Spekulationen um Köpfe und Ethnien – kurz, ein Zustand, der die Nervosität und die tiefen Verwerfungen innerhalb der seit einem Vierteljahrhundert regierenden Vier-Parteien-Koalition „Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker“ (EPRDF) zeigte.

Die EPRDF ist eine Allianz von vier Parteien aus den wichtigsten Volksgruppen, darunter auch die Oromo. Noch zu Beginn der bis heute andauernden politischen Krise 2015 hätten nicht einmal die Oromo selbst zu hoffen gewagt, dass sie den Machtkampf mit den konkurrierenden Amhara und Tigre für sich würden entscheiden können. Zwar gehören gut ein Drittel der 105 Millionen Äthiopier den Oromo an. Doch bislang hatten sie stets das Nachsehen gegenüber der alteingesessenen Herrscherklasse der Amhara sowie der Minderheitengruppe der Tigre. Letztere bestimmen seit den frühen 1990er-Jahren die politischen und wirtschaftlichen Geschicke des Landes und kontrollieren Militär und Geheimdienst.

Abiy wechselte erst 2010 in die Politik, wo er in der Oromo-Partei OPDO schnell aufstieg. Er war Abgeordneter und kurzzeitig Minister für Wissenschaft und Technologie, bevor er in seiner Heimatregion Oromia die Position des stellvertretenden Präsidenten einnahm.

Auch wenn seine Jahre in der Führung des Cyber-Nachrichtendienstes INSA sowie in der militärischen Aufklärung (Abiy be-

kleidet den Rang eines Oberstleutnants) kritische Fragen aufwerfen – die meisten Äthiopier halten ihn für einen „good guy“, der es mit nationaler Versöhnung und Reformen ernst meint.

Die große Frage ist vielmehr, ob der Neue sich gegen die alte Garde im Sicherheits-Establishment wird behaupten können. Vertrauensvorschuss fällt in dem konservativen Land schwer, das auf keinerlei Erfahrungsschatz mit friedlichem Regime-



Der alte Ministerpräsident Äthiopiens, Hailemariam Desalegn (r.), übergibt das Amt symbolisch seinem Nachfolger Abiy Ahmed Ali.

wechsel zurückgreifen kann. Eine ganze Generation stand unter der Knute der EPRDF und wuchs unter dessen Patronage- und Spionage-System auf.

Junge Äthiopier haben einen zutiefst zynischen Blick auf die einheimischen Politiker, einschließlich die der Opposition. Angesichts von Inflation und grassierender Arbeitslosigkeit hält man sie im besten Fall für fern der Lebensrealität junger Menschen, im schlimmeren Fall für Opportunisten. Das heißt: Abiy darf nicht mit einem politischen Honeymoon rechnen, sondern muss schnell liefern.

JUGEND WILL TATEN SEHEN

Vor allem seine eigene Klientel ist rastlos – junge, latent gewaltbereite Oromo-Jugendliche, die sich unter dem Kampfnamen „Qeerroo“ – nach dem Wort für „Jugend“ in der Oromo-Sprache – versammelt haben.

Ihnen reicht ein Alibi-Oromo an der Spitze nicht. Sie fordern einen genuinen Politikwandel, Jobs und politische Mitsprache.

Bislang hat Abiy vieles richtig gemacht: Er ließ Journalisten und Oppositionelle frei und entsperrte das Internet weitestgehend. Er tourte durch die Unruheregionen und verbreitete die Botschaft von Versöhnung und Mediation in Zusammenarbeit mit traditionellen Chiefs. Das ist gut – allein es fehlt vielen Äthiopiern der Glaube, dass die in den vergangenen Jahren aufgeworfenen Gräben zwischen den Ethnien einfach zuzuschütten sind. Bislang hat sich die Regierung jedem ernstgemeinten, nationalen Dialog verweigert. Zudem ist der verhasste Ausnahmezustand (SOE) weiter in Kraft. Will die neue Regie-

rung Vertrauen gewinnen, wird sie den SOE schnell beenden müssen.

Abiys akademische Qualifikation dürfte ihm dabei nützen: Er hat einen Master-Abschluss in „Change Management“ und einen Doktorgrad in Konflikt-Mediation. In einem Interview Ende 2017 sagte der damals noch unbekannt Aspirant: „Es ist einfacher, Menschen für die Demokratie zu gewinnen, als sie zur Demokratie zu drängen. Dies kann nur friedlich und über politische Teilhabe gelingen.“ Dafür benötigt der neue starke Mann in Äthiopien sicher einen langen Atem.



LUDGER SCHADOMSKY leitet seit 2007 in Bonn den amharischsprachigen Dienst der Deutschen Welle (DW) für Äthiopien.

ludger.schadomsky@dw.com

WAHLEN

Drohende Staatskrise

Anfang nächsten Jahres wird in Nigeria ein neuer Präsident gewählt. In der politischen Klasse tobt ein Machtkampf, und gegen Amtsinhaber Muhammadu Buhari läuft eine Kampagne. Sollte er dennoch wiedergewählt werden, droht dem Land eine Staatskrise mit Konsequenzen für ganz Westafrika.

Von Heinrich Bergstresser

Nigeria hat im Februar weltweit Schlagzeilen gemacht, als die islamistische Terrorgruppe Boko Haram erneut mehr als 100 Schülerinnen entführte, diesmal in Dapchi im Nordosten des Landes. Die Reaktion war allerdings wenig mehr als ein Achselzucken – auch in Nigeria selbst. Im März wurden die meisten Mädchen wieder freigelassen. Ihre Verschleppung war allenfalls eine schwache Kopie der Entführung der Schülerinnen aus Chibok im Jahr 2014.

So grausam das Schicksal der Mädchen auch sein mag, für die nigerianische Öffentlichkeit ist es nur eins von vielen. Denn islamistischer Terror, Entführungen, organisierte Kriminalität, Ethnizität und Piraterie gehören seit vielen Jahren zum Alltag. Übersehen wird dabei zumeist, dass die demokratisch legitimierten Institutionen seit fast 20 Jahren bemerkenswert stabil sind – trotz Gewaltkonflikten, bitterer Armut und systemischer Korruption. Ist in Nigeria also alles wie immer?

Nicht, wenn man die Lage im Lichte der Anfang 2019 anstehenden Wahlen betrachtet. Es gibt eine lebhaftige Führungsdebatte um Präsident Muhammadu Buhari und einen Machtkampf innerhalb der politischen Klasse. Denn wieder einmal hat Ex-Präsident Olusegun Obasanjo seine Stimme erhoben und das Signal zur Demontage eines Amtsinhabers gegeben. Vor vier Jahren traf es Präsident Goodluck Jonathan, diesmal zielt Obasanjo auf seinen einstigen Untergebenen Buhari.

Seine Attacke gegen den Staatschef fällt auf fruchtbaren Boden, spiegelt sie doch die Enttäuschung vieler Menschen aller Bevölkerungsschichten und die Frustration

der Eliten sowie der großen Mittelschicht wider. Schon im Laufe des ersten Amtsjahres zeichnete sich ab, dass deren Erwartungen an den ehemaligen Putschisten Buhari zu hoch waren. Er konnte das unter Jonathans Führung leckgeschlagene Staatsschiff nicht wieder stabil auf Kurs bringen: Dazu mangelt es Buhari an hinreichender politischer und sozioökonomischer Kompetenz und Führungskraft. Dieses Defizit hatte schon 1985 zu seinem Sturz als Junta-Chef geführt. Nun steht der gesundheitlich angeschlagene 76-Jährige den innenpolitischen Dynamiken in den meisten der 36 Bundesstaaten ziemlich hilflos gegenüber. Zwar konnte die militärische Handlungsfähigkeit von Boko Haram unterbunden werden, ein Ende der Terroranschläge ist aber nicht in Sicht.

Angesichts des islamistischen Terrors gerieten die anderen Konflikttherde weitgehend in den Hintergrund. Insbesondere die ethnisch-religiös gefärbte Gewaltkriminalität in Zentralnigeria, der erneut aufflammende Igbo-Nationalismus im Südosten und das jederzeit wieder mögliche Aufbegehren neuer Milizgruppen im Nigerdelta und vor der Küste verweisen auf Dynamiken und regionale Machtzentren, die Buhari lange Zeit ausgeblendet hat und die er wohl auch nur rudimentär versteht. Sein Autoritätsverlust ist unverkennbar, und seine Glaubwürdigkeit als Krisenmanager ging im

Minenfeld nigerianischer Innenpolitik unter. Die Anti-Buhari-Kräfte formieren sich auf breiter Front. Dazu zählt auch die Nationalversammlung, die mittels Haushaltsrecht und Gesetzgebung eine Machtprobe mit dem Präsidenten initiierte und dessen weiteren Autoritätsverlust beförderte.

Buharis Wahlsieg 2015 hat das Land vor einer Staatskrise bewahrt und die Plünderung der Staatskasse durch seinen Vorgänger unterbunden. Nun liegt der Ball im Feld der wirtschaftlichen und politischen Eliten, das drängende Führungsproblem in ihrem Sinne zu lösen. Bislang haben sie es noch jedes Mal verstanden, das System zu erhalten, das ihnen immense Reichtümer sichert. Das politische Schicksal des Präsidenten ist offen, ein ehrenvoller Abgang mit Hilfe seiner schärfsten Kritiker noch möglich. Sollte Buhari sich erneut um das höchste Amt im Staat bewerben und wiedergewählt werden, ist eine mittlere bis schwere Staatskrise programmiert. Sie hätte erhebliche Konsequenzen nicht nur für Nigeria, sondern für die gesamte westafrikanische Region.



HEINRICH BERGSTRESSER ist freier Journalist, freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am German Institute of Global and Area Studies

(GIGA) in Hamburg, freier Trainer an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) in Bonn-Röttgen sowie Autor des Buches „Nigeria – Die IV. Republik zwischen Demokratisierung, Terror und Staatsversagen (1999–2017)“, das 2018 bei Brandes und Apsel erschienen ist.

heinrich.bergstresser@web.de



Präsident Muhammadu Buhari inmitten von entführten Schülerinnen, die er nach ihrer Freilassung in den Präsidentenpalast eingeladen hat.

ENTWICKLUNG

Überzeugender Fortschritt

Das westliche Entwicklungsmodell steht in der Kritik. Linke Aktivisten klagen, der Kapitalismus sei eine Katastrophe, und rechtslastige Populisten pflegen aggressive Sehnsucht nach einer angeblich besseren Vergangenheit. Das Vertrauen in sachliche Argumentation, wissenschaftliche Evidenz und globale Zusammenarbeit scheint zu schwinden. Viele Menschen meinen, die Menschheit mache gar keinen Fortschritt.

Von Hans Dembowski

Empirische Daten beweisen das Gegenteil, denn beispielsweise ist die Lebenserwartung dramatisch gestiegen. 1960 betrug sie im Schnitt weltweit 52 Jahre, aber 2010 waren es 70 Jahre. In Afrika, dem ärmsten Kontinent, stieg sie von 40 Jahren auf 57 Jahre an. Europäer leben nun im Schnitt 80 statt 69 Jahre. Vor der industriellen Revolution betrug die Lebenserwartung allenfalls 35 Jahre.

Wir werden nicht nur älter, die Anzahl der Menschen ist auch erheblich gestiegen. 1960 bevölkerten rund 3 Milliarden Menschen die Erde. Heute sind wir mehr als 7 Milliarden. Dennoch ist der Anteil der Unterernährten gesunken. 1970 bekam rund ein Drittel der Menschen in den Entwicklungsländern nicht genug zu essen; 2015 galt das nur noch für 15 Prozent. Weltweit leiden doppelt so viele Menschen unter Übergewicht wie unter Unterernährung.

Die Quote der Todesopfer von Naturkatastrophen sank von neun pro 100 000 in den 1950er Jahren auf nur noch eins pro 100 000 in den vergangenen zehn Jahren. Die Desaster haben nicht weniger Wucht als früher, aber die Infrastruktur ist besser.

Solch eindeutig positive Trends untersucht Steven Pinker, ein Psychologieprofessor von der Harvard University, in seinem neuen Buch „Enlightenment Now“. Er beschäftigt sich unter anderem mit den Todeszahlen durch Verkehrsunfälle, Krankheiten und Kriege, aber auch mit Menschenrechten, Einkommen und Lebenszufriedenheit. Sein Buch belegt en détail, welche immense Fortschritte Vernunft,

Wissenschaft und Humanismus gebracht haben. Ihm zufolge ist das auch das Rezept für weitere Erfolge.

Pinker verdient Aufmerksamkeit. Er behauptet nicht, dass alles gut läuft und die Dinge nur besser werden können. Er warnt



Bessere Katastrophenvorsorge in Bangladesch: Der große Zyklon von 1991 tötete 130 000 Menschen; wegen systematisch ausgebauter Bunker forderte ein ähnlich starker Sturm dagegen 2007 nur 3000 Leben.

vielmehr, dass wir Gefahr laufen, die Institutionen und Normen zu unterminieren, die uns vorangebracht haben, wenn wir übersehen, wie wertvoll die Ergebnisse sind. Menschen sind nicht von Natur aus vernünftig, sondern vernunftbegabt. Pinker will, dass wir dieses Talent nutzen.

Weiterer Fortschritt erfordert intelligente Politik auf der Basis sorgfältiger Analysen umfassender Daten. Ideologische Korrektheit und romantisierende Nostalgie

helfen dagegen nicht bei der Bewältigung großer globaler Probleme wie Klimawandel, Terrorismus oder Wirtschaftskrisen.

Irrationalität breitet sich gefährlich aus. Dazu trägt die Weise, in der westliche Nationen Demokratie praktizieren, bei, wie der Harvard-Professor ausführt. Leider ähneln Wahlen zunehmend Sportereignissen, bei denen die Bürger wie Fans sich mit einer Mannschaft identifizieren und alle anderen verabscheuen. Politik sollte lieber wie ein wissenschaftliches Experiment betrieben werden. Polemik und platte Versprechen

sind kein Ersatz für nuancierte Hypothesen und sorgfältige Datenanalyse. Politische Kommentatoren täten gut daran, Argumente abzuwägen, statt die Weltsicht ihres Publikums zu bestätigen.

Es gibt Fortschritt. Weiterer Fortschritt ist möglich und dringend nötig – vor allem beim Klimaschutz. Wir sollten das Entwicklungsmodell, das sich als derart nützlich erwiesen hat, verbessern, aber nicht über Bord werfen.

LESERBRIEF

Kuriositäten verfehlter Dezentralisierung in Benin

Betr.: Schwerpunkt „Streit um Steuern“, E+Z/D+C e-Paper 2018/01

An einem Sonntag im vergangenen November habe ich in Abomey, Benin, die historischen Königspaläste des alten Dahomé besucht, ein UNESCO-Weltkulturerbe. Ich zahlte für meinen Eintritt 1500 CFA-Franc (circa 2,25 Euro), um dann an der Kasse erneut zu einer Extrazahlung aufgefordert zu werden: bitte 1000 CFA-Franc als Tourismussteuer, das habe der Bürgermeister von Abomey kürzlich verordnet. Immerhin ein Aufschlag von zwei Dritteln. Das Foto zeigt diese nun zu einem Politikum gewordene Eintrittskarte für den bedeutenden historischen Komplex. Politikum, warum?

Ein durchgehender Diskussionspunkt in Ihrem Schwerpunkt ist der negative Zusammenhang zwischen politisch-administrativer und fiskalischer Dezentralisierung. Der Zentralstaat – so auch in Benin – tritt Rechte und vor allem bisher von ihm wahrgenommene Aufgaben an die Kommunen ab. Gleichzeitig sind aber Regierung und Parlament nicht bereit, die für die Wahrnehmung der Aufgaben benötigten Mittel ebenfalls weiterzureichen. Dies hat in der Regel und ganz besonders in den Staaten Subsahara-Afrikas zweierlei Konsequenzen: Zum

einen sind die Kommunen gezwungen, sich selbst Einnahmequellen zu schaffen, zum anderen gelingt dies aber in der Praxis nirgendwo in hinreichendem Umfang, sodass die delegierten beziehungsweise übertragenen Aufgaben allenfalls rudimentär wahrgenommen werden können. Schulen und andere Gebäude verrotten, Trinkwassersysteme werden nicht gewartet, und öffentliche Anlagen verwahrlosen. Übrigens hat der Bürgermeister von Abomey auch für Letzteres eine Lösung: Kaum steigt jemand aus seinem Auto, um ein Denkmal zu fotografieren, kommt eine städtische Angestellte mit einem Ticketblock, um eine Gebühr „für den Unterhalt der Anlage“ zu erheben.

Im Fall des UNESCO-Kulturerbes hat die Gebühr die Besucherzahlen drastisch sinken lassen; vor allem einheimische Touristen kamen nach Auskunft eines Museumsführers so gut wie gar nicht mehr, denn sie mussten die Gebühr auch auf die für sie deutlich billigeren Grundtickets von 500 CFA-Franc bezahlen. Dies hat den Bürgermeister zwischenzeitlich – im März 2018 – zum Umdenken und zur kommentarlosen Streichung der Gebühr veranlasst. Der Versuch, eigene Einnahmen für die Kommune zu erzielen, ist hier offenkundig gescheitert und hat nicht einmal allzu großen Schaden angerichtet.

In den meisten Fällen allerdings sind die Schäden durch die mangelhafte fiskalische Dezentralisierung und die Versuche der Kommunen, wenigstens einen Teil des Defizits auszugleichen, immens. Und die internationale Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Kommunen auch noch häufig dabei, diese Schäden zu vergrößern. Überall in Benin finden sich zum Beispiel nagelneue Marktgebäude, meistens am Rande eines ländlichen Zentrums, deutlich erkennbar an



Eintrittskarte mit Touristensteuer.

den Hinweisschildern „geberfinanziert durch ...“, oft erkennbar niemals bisher genutzt – bis auf ein paar Ziegen, die dort Schatten suchen.

Hinter solchen Infrastrukturgeschenken (es gibt auch viele andere wie Gewerbehangars oder „Autohöfe“) steckt die Idee, den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, für ihre Nutzung Gebühren einzuziehen und damit das eigene Budget aufzubessern. Die Wirkungen sind das Gegenteil von Entwicklung beziehungsweise Armutsminderung: Der zumeist armen ländlichen Bevölkerung werden für dringend benötigte Dienstleistungen – vormals einfachste Marktflächen oder ein staubiger Platz als Rast- und Warenumschlagplatz für Transportfahrzeuge – auf einmal saftige Gebühren abverlangt. Das Beispiel einer Marktfrau aus Atakora: Sie macht mit Maniok-Knollen einen Tagesumsatz von 1200 CFA-Franc (circa 1,80 Euro). Der Gewinn bei vier Stunden Anmarsch und Nachhauseweg beträgt etwa die Hälfte. Nun will der Bürgermeister von ihr aber 300 CFA-Franc am Tag als Standgebühr in seinem neuen Markt. Damit reduziert sich ihr Einkommen um genau die Hälfte. Und deshalb stehen sehr viele Anlagen leer. Andere werden genutzt, aber nur, weil es keine Alternative gibt – und immer zahlen die Ärmsten drauf.

Frank Bliss, Remagen

KORREKTUR

Sage will sich nicht beugen

Betr.: Jonathan Sullivan: „Zugriff verweigert“, in E+Z/D+C e-Paper 2018/01, S. 14

Auf die Frage, ob Aktualisierungen nötig seien, um seinen Beitrag über Internetsensur in China in unser nächstes Druckheft aufzunehmen, bat uns Jonathan Sullivan kürzlich, einen Satz zu streichen. Darin hieß es, der Verlag Sage erwäge, Zugang zu relevanten Inhalten zu blockieren, falls chinesische Stellen dies forderten. Mittlerweile hat Sage den Autor kontaktiert und klargestellt, dass der FT-Artikel, den Sullivan ausgewertet hatte, die Verlagshaltung irrtümlich falsch dargestellt habe. Der Anlass von Sullivans Essay war die Entscheidung des Verlags Springer Nature, den Zugang zu sozialwissenschaftlichen Inhalten in China auf Wunsch des Regimes hin zu sperren.

HANDELSPOLITIK

„Ich weiß nicht, ob die WTO überlebt“

Die Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump wirkt erratisch. Vor einem Jahr meldete er sein Land aus den Verhandlungen über die Trans-Pacific Partnership (TPP) ab, aber nun hat er seinen Stab angewiesen, den Beitritt zu prüfen. Die anderen beteiligten Länder haben das Abkommen mittlerweile geschlossen. Vor einem Monat erhob der Präsident Zölle auf Stahl- und Aluminiumzufuhren, nahm aber umgehend verschiedene Verbündete aus – wenn auch nur befristet. Zugleich drohte er China mit neuen Zöllen. Wo das hinführt, ist offen, sicher ist aber, dass die Unsicherheit wächst. Der indonesische Ökonom Iwan J. Azis beurteilt die Lage im Interview.

Iwan J. Azis im Interview mit Hans Dembowski

Weshalb ist Unsicherheit ein Problem im Welthandel?

- Zunächst müssen wir sehen, dass die heutigen Handelsmuster ganz anders sind als vor 30 Jahren. Jedes Land hängt jetzt wegen komplexer Lieferketten von allen ab. Früher wurde vor allem mit Rohstoffen und fertigen Produkten gehandelt. Nun spielen Zwischenprodukte eine erhebliche Rolle.
- Wichtig sind auch die Gründe dieses Wandels: Alle Seiten haben sich bemüht, produktiver und effizienter zu werden. Folglich spiegeln die neuen Muster Wettbewerbsvorteile wider.
- Drittens gibt es im Handel weder Täter noch Opfer. Für Handelsdefizite sind immer beide Seiten verantwortlich, und Zölle schaden beiden Seiten. Dass Trump denkt, das Spiel sei mit Zöllen zu gewinnen, ist verrückt.
- Viertens müssen wir neben den Güterströmen auf die Finanzwirtschaft achten. Dass das Handelsdefizit der USA so riesig ist, liegt auch an den großen Haushaltsdefiziten, die den USA erlauben, mehr zu kon-

sumieren als zu produzieren. Verbraucher und Unternehmen in den USA geben mehr Geld für Güter und Dienstleistungen aus – die sie auch aus dem Ausland beziehen –, als sie einnehmen. Sie sparen und investieren zu wenig, und dazu tragen die Staatsschulden bei. Die Steuersenkungen, die Trumps Republikaner kürzlich beschlossen haben, werden das Problem vergrößern, denn die Amerikaner können jetzt noch mehr Geld ausgeben und werden vermutlich noch mehr importieren.

• Fünftens bedeuten Handelsrestriktionen und Staatsverschuldung, dass die Inflation steigen dürfte, weshalb die Zentralbank der USA die Leitzinsen erhöhen dürfte. Das wiederum würde Unternehmen wehtun – nicht zuletzt in Schwellen- und Entwicklungsländern. Überall haben sich Firmen an billiges Geld gewöhnt; viele haben sich kräftig verschuldet. Steigende Zinsen machen Kredite teurer, und dann wird entsprechend weniger investiert.

• Wichtig ist schließlich, dass seit dem Zweiten Weltkrieg die Ausweitung des Welthandels immer als Mittel der Friedenssicherung gesehen wurde. Je stärker Volkswirtschaften verflochten sind, desto unwahrscheinlicher ist Krieg zwischen ihnen. Wenn also die Globalisierung des Handels dem Frieden dient, erhöht ein Handelskrieg das Risiko eines militärischen Krieges.



Minister aus elf Mitgliedsländern feierten im März in Santiago de Chile die Gründung des Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership. Beteiligt sind Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam.

Wen würde ein Handelskrieg denn belasten?

Alle Seiten. Deutschland wäre hart getroffen, denn Ihre Volkswirtschaft hängt besonders von Exporten ab und das gilt auch für in China produzierte deutsche Güter, die in die USA und anderswohin exportiert werden. Die USA werden aber ebenfalls leiden. China droht mit Zöllen auf Agrarprodukte – mit Folgen für die Landwirte, die Trump gewählt haben. Die Industrie in den USA wird selbst Effekte spüren, ihre Zulieferungen werden teurer. Die Verbraucherpreise werden auch steigen.

Wie würde es Schwellen- und Entwicklungsländern ergehen?

Es gäbe verschiedene Auswirkungen. Selbstverständlich würden Firmen, die zu Lieferketten gehören, Schläge einstecken. Das ist aber nicht alles. Die Investitions-

güter, die Schwellen- und Entwicklungsländer importieren, würden teurer. Die Industrie dort braucht aber diese Güter, und das gilt auch für die Exportwirtschaft. Sobald die Zinsen steigen, spitzt sich dieses Problem weiter zu. In den vergangenen Jahren war die Geldpolitik in den USA und der EU locker, und Kapital ist nach Asien, Afrika und Lateinamerika geflossen. Entsprechend ließen sich dort Produktionskapazitäten günstig erweitern. Sollte der Trend stoppen oder sich umkehren, geht das Wachstum zurück. Alarmsignale leuchten bereits. Das fing schon 2013 an, als Ben Bernanke als Präsident der Federal Reserve die Normalisierung der Geldpolitik ankündigte. In den Schwellenländern reagierten die Finanzmärkte hochnervös, obwohl sich die Leitzinsen in den USA gar nicht änderten. Höhere Leitzinsen

machen zudem Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländer weniger attraktiv.

Kann und wird die multilaterale Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) überleben?

Das sind zwei verschiedene Fragen. Die WTO kann sicherlich überleben, aber ob sie das tut, weiß ich nicht. Die USA könnten das Streitschlichtungsverfahren der WTO nutzen. Sie könnten auch in bilateralen Verhandlungen einen Kompromiss mit China finden. Auch multilaterale Diskussionen könnten zu Lösungen führen. Aber ob derlei passiert, lässt sich in dieser Zeit der Ungewissheit nicht sagen. Glaubwürdigkeit und Funktionstüchtigkeit der WTO leiden zudem am Stillstand bei der Berufung von Streitschlichtern.

Volatile Lage

Zu Redaktionsschluss Ende April war kaum abzusehen, wie es handelspolitisch weitergeht. Die Lage war volatil, und wichtige Fragen blieben ungeklärt. Offen war beispielsweise, ob die EU, Australien und andere Verbündete der USA vom 1. Mai an den neuen Stahl- und Aluminiumzöllen der USA unterworfen würden. Die Ausnahmen, die ihnen im März bei der Einführung gewährt wurden, waren befristet. Mitte April hatte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström permanente Zollbefreiung gefordert. Andernfalls drohte die EU ihrerseits mit Zöllen auf US-Waren.

Auch die Beziehungen zwischen Washington und Peking waren angespannt. Trump versprach, Anfang Mai eine hochrangige Verhandlungsdelegation in die Volksrepublik zu schicken. Ihr würden Finanzminister Steven Mnuchin und der Handelsbeauftragte Robert Lighthizer angehören. Trump

hatte seit Wochen China mit neuen Zöllen gedroht, und Peking hatte für diesen Fall Gegenmaßnahmen angekündigt. Sie hat auch die Welthandelsorganisation (WTO) angerufen, weil sie die neuen Stahl- und Aluminiumzölle für rechtswidrig hält. Die Spannungen zwischen Peking und Washington könnten weiter wachsen. Dass die WTO neue Streitschlichter braucht, das Weiße Haus aber seit Monaten das Berufungsverfahren blockiert, macht die Dinge nicht leichter.

Sollten die Spannungen mit China eskalieren, könnte Trump auch wieder eine Kehrtwende mit Blick auf die Trans-Pacific Partnership (TPP) vornehmen. Bekanntlich stieg er vor einem Jahr aus den Verhandlungen aus. Nachdem elf andere Länder das Bündnis aber dennoch schlossen, ließ er im April den Beitritt prüfen. Wenige Tage später teilte er dann mit, er schätze bilaterale Verträge und



Demütigung: Shinzo Abe im April zu Besuch bei Donald Trump

finde die TPP nicht gut. Dass er das per Tweet nach einem Treffen mit Japans Premier Shinzo Abe tat, wurde als Demütigung dieses Alliierten verstanden. Falls Trump aber im Disput mit China Partner braucht, könnte ihm die TPP schnell wieder attraktiv erscheinen.

Unterdessen vermuten Beobachter, die Neuverhandlungen des North American Free Trade Agreement (NAFTA) dürften schnell gehen. Der Grund sind Umfragen, denen zufolge bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen in Mexiko der linke und protektio-

nistische Politiker Andrés Manuel López Obrador vorn liegt. Die EU hat im April Verhandlungen mit Mexiko über die Aktualisierung eines bestehenden Abkommens abgeschlossen, wobei auch Regeln für geistiges Eigentum und staatliche Beschaffung vereinbart wurden, woran Regierungen reicher Nationen besonders interessiert sind. Washington könnte daran gelegen sein, die NAFTA-Verhandlungen abzuschließen, solange noch der derzeitige Präsident Enrique Peña Nieto regiert. Vielleicht – oder vielleicht auch nicht. (dem)

Können bilaterale Handelsverträge die WTO vor Erosion schützen?

Wir leben in der zweitbesten Welt. Am besten wäre die WTO-Welt. Globale Regeln, die alle Parteien binden, sind sinnvoll. Bilaterale Verträge machen alles komplizierter. Dass bilaterale Abkommen und Freihandelszonen zugenommen haben, liegt aber daran, dass die WTO schon seit längerer Zeit nicht mehr vorankommt. Die entwicklungsorientierte Verhandlungsrunde, die 2001 in Doha gestartet wurde, steckt fest. Positiv ist jedoch, dass die verschiedenen bilateralen Abkommen die WTO angesichts eines drohenden Handelskrieges schützen dürften.

Im März wurde das – wie es jetzt heißt – Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) von elf Nationen ohne die USA gegründet. Wie ist es dazu gekommen? Jahrelang wurde uns gesagt, das CPTPP sei ein Konzept von US-Präsident Barack Obama, das den Interessen der US-Wirtschaft diene und die Dominanz der USA sichern solle. Dann zog Trump ins Weiße Haus und stieg entsprechend seiner protektionistischen Rhetorik aus den Verhandlungen aus. Dennoch haben die übrigen Länder das CPTPP nun gegründet.

Richtig ist, dass dem gesamten Verhandlungsprozess Konkurrenz zwischen USA und China zu Grunde liegt. Viele Beobachter sahen TPP als Gegeninitiative zur RCEP,

der Regional Comprehensive Economic Partnership, einem geplanten Abkommen, das China mit der ASEAN und anderen Staaten verbinden würde. Die USA wollten also ein Bündnis, das China ausgrenzt. Die TPP, die jetzt gegründet wurde, ist aber etwas anderes als das, was Obama im Sinn hatte. Seine Version hätte viele Regeln über Investitionsstreitigkeiten, intellektuelles Eigentum, staatliche Beschaffung enthalten. Diese Dinge gehen über Handelsfragen hinaus. Sie haben indirekt mit Handel zu tun. Vielen asiatischen Regierungen behagen Regeln darüber nicht. Nach Trumps Ausstieg wurden sie aufgeweicht. Entsprechend würde es mich nicht wundern, wenn nun noch weitere asiatische Länder beitreten. Aus ihrer Sicht sind die Konditionen jetzt besser.

Die Themen Investorenrechte, intellektuelles Eigentum und staatliche Beschaffung standen auch beim WTO-Gipfel 2001 in Doha auf der Tagesordnung. Die Industrienationen wollten sie zum Teil der neuen Verhandlungsrunde machen, aber die Entwicklungsländer lehnten das ab. Mein Eindruck ist, dass bilaterale Verhandlungen seither so wichtig geworden sind, weil die EU und die USA trotzdem auf Regeln für diese Themen drängen. Jetzt ist die TPP unter leicht verändertem Namen, aber mit recht begrenzten Regeln zu den umstrittenen Themen entstanden – und Trump verkündet, wenn sein Land bessere Konditionen bekäme, als

Obama akzeptieren wollte, steige er wieder ein. Das ergibt keinen Sinn.

Es stimmt, die USA und die EU tragen einen Teil der Verantwortung für die Probleme der WTO. Sie wollen Abkommen über Dinge, von denen die Regierungen vieler Entwicklungsländer meinen, ihre Volkswirtschaften seien dafür noch nicht reif. Dieselben Regierungen wissen aber, dass Marktzugang sehr wichtig ist, also sind Kompromisse möglich. Wenn ein Abkommen aber erst einmal steht, ist es sehr schwierig, es neu zu verhandeln. Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass die USA bessere Konditionen bekommen können, als Obama ausgehandelt hatte. Jedenfalls wird das bestimmt nicht schnell gehen.

Könnte China der TPP beitreten?

Nein, das wird nicht passieren. Die RCEP-Gespräche werden wichtiger werden, und das ist Chinas Ziel.



IWAN J. AZIS
ist Professor für
Regionalwissenschaften und
Volkswirtschaftslehre an der
Cornell University im Staat

New York sowie der Universität von Indonesien. Er hat mehrere asiatische Regierungen über nationale und internationale Wirtschaftspolitik beraten, artikuliert aber in diesem Interview seine persönliche Meinung.
<http://iwanazis.com/>



**Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!**



NACHHALTIGKEIT

Globale Energiewende

Deutschland hält nach Aussagen der neuen Bundesregierung an der Energiewende fest. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz müssen Hand in Hand gehen. Eine Bepreisung von Kohlendioxid (CO₂) kann gute Anreize für eine Wende zur Nachhaltigkeit schaffen.

Von Drake Jamali

Vor dem Hintergrund des Klimawandels hält die neue Bundesregierung weiterhin am Ziel einer weltweiten Energiewende fest. Um es zu erreichen, setzt sie auf erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz.

Laut Umweltministerin Svenja Schulze soll Deutschlands Energiesektor bis 2050 komplett emissionsfrei sein. Andere Wirtschaftsbereiche wie beispielsweise die Landwirtschaft bekommen dafür etwas mehr Zeit. Schulze gibt jedoch auch zu, dass Deutschland einige der angestrebten Ziele verfehlt und fordert eine kohärentere Klima- und Energiepolitik, um die Defizite auszugleichen. Die neue Koalition aus CDU und SPD hat das ursprüngliche Klimaschutzziel für 2020 aufgegeben, hält aber an dem Ziel fest, bis 2030 mindestens 65 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Sollten dann nicht wenigstens 55 Prozent erreicht sein, würde Deutschland

seine Glaubwürdigkeit laut Schulze komplett verlieren.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier, der wie Schulze neu auf dem Posten ist, hält Partnerschaften zwischen weit entwickelten Ländern für besonders wichtig. Er vergleicht die Energiewende mit einer „Operation am offenen Herzen“ einer Volkswirtschaft. Eine solche Operation sei zwar schmerzhaft, aber unerlässlich – und auf lange Sicht der Entwicklung förderlich.

Altmaier betont, dass die Umstellung auf Erneuerbaren-Technologien mehr Jobs schaffen als kosten werde. Die Beschäftigung im Bereich erneuerbarer Energien biete langfristige Perspektiven, während die Jobs in der fossilen Energiewirtschaft nicht nachhaltig seien. Der Minister sieht auf Osteuropa einschließlich dem Osten Deutschlands wegen der Abschaltung fossiler Kraftwerke Schwierigkeiten zukommen. Diese dürften die Gesellschaft aber nicht spalten. Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen biete Potenzial für die Schaffung von Millionen Jobs, strukturbedingte Arbeitslosigkeit könne demnach vermieden werden. Er spricht sich dafür aus, Beschäftigte frühzeitig umzuschulen.

Bei einer internationalen Konferenz des Auswärtigen Amtes in Berlin betonte Altmaier zudem, dass die Bundesregie-

rung am vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2023 festhalte. Politiker in Deutschland und überall auf der Welt müssten sowohl politische als auch Stromausfälle verhindern – und gleichzeitig für einen Weg zur Nachhaltigkeit sorgen.

CO₂-PREIS

Nachhaltige Entwicklung hat viele Dimensionen. Versorgungssysteme müssen umweltfreundlich werden, und viele Entwicklungsländer brauchen neue Infrastruktur. Die Entwicklung in Industrienationen kann zum Teil als Vorbild dienen, in manchen Fällen ist es aber auch sinnvoll, einen anderen Weg einzuschlagen. Beispielsweise ist einerseits der Ausbau einer landesweiten Stromnetzinfrastuktur wichtig, aber andererseits können kleine, lokale Lösungen – vor allem in abgelegenen ländlichen Gebieten – attraktiver sein (siehe Kasten, S. 20).

Natürlich braucht es auch Großprojekte. Die AU-Kommissarin für Infrastruktur, Amani Abou-Zeid, nennt Initiativen zur Nutzung von Erdwärme in Ostafrika als Vorbild. Diese Technologie könne entlang des Großteils des fast 6000 Kilometer langen Ostafrikanischen Grabens genutzt werden. Dschibuti, Äthiopien, Eritrea, Uganda, Kenia und Sambia könnten besonders davon profitieren.

Industrie und Transportwesen müssen auf der ganzen Welt dekarbonisiert werden. Die richtigen Anreize können Menschen dazu bringen, umweltfreundliche Lösungen zu nutzen. CO₂-Preise und Emissionshandelssysteme (emissions tra-



Erdwärmekraftwerk in Kenia.

ding systems – ETS) schaffen finanzielle Anreize und sind eine wichtige Maßnahme zur Reduzierung von Treibhausgasen. In den meisten OECD-Länder gibt es mittlerweile eine CO₂-Bepreisung. China hat im Dezember ein nationales ETS eingeführt. In den USA sind Kalifornien und nordöstliche Staaten die Vorreiter, andere Staaten denken darüber nach, sich anzuschließen. Auch die Privatwirtschaft hat angefangen, einen CO₂-Preis – vor allem bei der Risikobewertung – mit einzurechnen.

Dennoch gibt es auch starken Widerstand gegen ETS. Laut Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung fallen 80 Prozent der Emissionen weltweit noch unter kein ETS. Um die Ziele des Pariser Klimavertrags zu erreichen, müsse dieser Anteil sinken und der CO₂-Preis steigen. 2020 sollte die Tonne CO₂ dem Experten zufolge 40 bis 80 Dollar kosten und bis 2030 auf 50 bis 100 Dollar steigen. Ende April lag der Preis im europäischen ETS bei lediglich 13 Euro (16 Dollar).

Brune Poirson, Staatsministerin im französischen Umweltministerium, wirbt für einen Mindestpreis in Europa. Frankreich solle gemeinsam mit Deutschland

vorangehen. Sie weist darauf hin, dass Europa die Pariser Ziele nicht erreichen kann, wenn es die Dekarbonisierung nicht stärker als bisher vorantreibt, und spricht sich dafür aus, dass Europas Emissionen jedes Jahr um 100 Millionen Tonnen zurückgehen. Die Kosten stünden dem nicht im Wege, denn die Folgen des ungebremsten Klimawandels wären weitaus teurer.

Rumäniens Energieminister Anton Anton äußert sich hingegen zurückhaltender. Im Energiemix seines Landes lägen die Erneuerbaren bereits bei 60 Prozent. Ein CO₂-Preis würde der rumänischen Industrie schaden, aber der Umwelt nicht viel bringen. Seiner Meinung nach sollte jedes Land für sich selbst entscheiden.

Manuel González Sanz, Außenminister von Costa Rica, hält eine CO₂-Bepreisung hingegen für notwendig, da die Menschen ansonsten Geld mit fossilen Rohstoffen machen würden, so lange es geht. Wir sollten uns schämen, unseren Planeten zu verschmutzen und uns selbst zu schaden. „Wir sind klüger“, sagte er in Berlin. Costa Rica sei ein kleines Entwicklungsland und habe einen Erneuerbaren-Anteil von fast 100 Prozent. Andere sollten seinem Beispiel folgen.

Sein deutscher Amtskollege Heiko Maas bekennt sich sowohl zum Pariser Abkommen als auch zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs). Er betont die große Bedeutung von Kompromissen auf multilateraler Ebene. Der Klimawandel, der auf das Konto des industrialisierten Westens gehe, belaste die Regionen am Stärksten, die die wenigsten Ressourcen hätten, um dagegen anzugehen. Umweltschäden seien ein globales, kein lokales Problem – und direkte Ursache für klimabedingte Migration. Letztlich ist das Erreichen der SDGs laut Maas eine Frage von Krieg und Frieden: Wenn die globalen Probleme nicht gelöst würden, sei globale Sicherheit eine Illusion.



DRAKE JAMALI
ist Praktikant bei E+Z/D+C,
finanziert vom Congress-
Bundestag-Jugendaustausch
(CBYX). Dieses Programm

entsendet 75 junge Amerikaner nach Deutschland und 75 junge Deutsche in die USA.

drakejamali@gmail.com

Lokale Stromversorgung

Millionen Menschen in Afrika und Asien nutzen Off-Grid-Systeme für die Stromversorgung. Dank der dezentralen Versorgung haben sie Zugang zu Licht, Heizung und Kühlung sowie zu modernen Geräten wie Radio, Fernsehen und Computern. Zum Teil basiert die Off-Grid-Versorgung allerdings auch auf dem fossilen Kraftstoff Diesel. Fachleuten zufolge wird der kontinuierliche Ausbau von Erneuerbaren-Technologien den Diesel nach und nach verdrängen.

Laut Jeremy Gaines von der Nigerianisch-Deutschen Energiepartnerschaft leben in Subsahara-Afrika rund 13 Prozent aller Menschen, aber fast

die Hälfte all derer, die keinen Strom haben. Zwischen 2010 und 2016 hätten die Ausgaben für Diesel-Generatoren dort mehr als 7 Milliarden Dollar betragen. Gaines zufolge müssen afrikanische Verantwortliche zwei Herausforderungen angehen: „Die eine besteht darin, die Klimaschutzziele zu erreichen, während Millionen Menschen Dieselgeneratoren benutzen, und die andere Frage ist, wie lange sie noch auf importierte Kraftstoffe für Off-Grid-Elektrifizierung setzen können, wenn die Preise wieder steigen.“ Erneuerbare Energien können die Antwort auf beides sein.

Die Afrikanische Union (AU) hat sich mit ihrer Agenda

2063 ehrgeizige Ziele gesetzt. Laut Amani Abou-Zeid, AU-Kommissarin für Infrastruktur, verfolgt sie das Gesamtziel, „die sozioökonomische Situation des gesamten Kontinents auf jedem erdenklichen Wege zu verändern“. Bessere Infrastruktur ist unabdingbar. Schätzungen zufolge werden dafür in der kommenden Dekade 100 Milliarden Dollar benötigt. Abou-Zeid räumt ein, dass Off-Grid-Elektrifizierung in vielen Fällen der kostengünstigste Weg ist, um den derzeitigen und künftigen Bedarf zu decken.

Auf einer Konferenz des Auswärtigen Amtes in Berlin sagte Äthiopiens Minister Seleshi Bekele Awulachew, der für Wasser und Strom zuständig ist, dass das Stromnetz seines Landes ausgebaut werden müsse. Bisher lebten allerdings nur

rund ein Viertel aller Menschen nah genug an den bestehenden Leitungen, um daran angeschlossen werden zu können. Äthiopien setze daher sowohl auf Netzausbau als auch auf Off-Grid-Lösungen, um die Stromversorgung zu verbessern.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Madagaskar. Mami-soa Rakotoarimanana von der dortigen Behörde für ländliche Entwicklung berichtet, dass seine Regierung bis 2030 weiteren 200 000 Haushalten Zugang zu Strom verschaffen will. Damit würde die Elektrifizierungsrate auf 70 Prozent steigen. Allein könne die Regierung die Kosten dafür nicht stemmen. Dezentrale Mini-Grids seien aber vergleichsweise billig und könnten dazu beitragen, die Versorgungslücken zu schließen. (dj)

SCHULSPEISUNG

Leerer Bauch studiert nicht gern

Hungernde oder mangelernährte Kinder lernen schlechter als andere. Kostenlose Schulspeisung ist daher eine erfolgreiche entwicklungspolitische Maßnahme – vor allem in Ländern wie Kambodscha, wo die Einschulungsrate mit mehr als 95 Prozent sehr hoch ist. Denn dort werden auch die meisten Kinder der ärmsten Haushalte erreicht.

Von Frank Bliss

Primäres Ziel der Schulspeisung ist es, die Ernährungssituation der Kinder in den Grundschulen zu verbessern. Die Kinder sind dann gesünder und weniger oder gar nicht mehr in ihrer körperlichen Entwicklung gehemmt. Zum anderen können sie so dem Unterricht besser folgen und müssen die Schule nicht mittendrin wegen Hunger verlassen. So wird das Erreichen des weitergehenden Ziels, der Verbesserung des Schulerfolgs, überhaupt erst möglich. Eine sehr viel geringere Schulabbruchquote und eine höhere Übergangquote auch von Kindern ärmerer Haushalte auf die Sekundarschule sind die Folge.

Das World Food Programme unterstützt in Kambodscha Schulen in armen Distrikten bei der Schulspeisung (siehe Kasten, S. 22). Eine Teilmaßnahme des Programms, bei der die benötigten Nahrungsmittel lokal beschafft werden, wurde im vergangenen Jahr im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen

anhand von 18 Schulen untersucht. Die Wissenschaftler stellten einen fast hundertprozentigen Erfolg des Projekts fest, den sie auf die folgenden Bedingungen zurückführen:

- Alle Grundschul Kinder in den Programmschulen bekommen jeden Morgen eine kostenlose warme Mahlzeit, unabhängig von der sozio-ökonomischen Lage ihrer Eltern. Dies erleichtert einerseits die Abwicklung des Programms. Auf der anderen Seite wird dadurch Diskriminierung der Kinder mit kostenfreiem Essen und Neid seitens derjenigen vermieden, die gerade über der Bemessungsgrenze liegen. Die lokale Beschaffung der Lebensmittel für die Schulspeisung hat den Vorteil, dass die Kinder die angebotenen Speisen kennen und mögen, was neben der physischen Wirkung ein Gefühl der Zufriedenheit auslöst. Damit werden der Schulbesuch und die schulischen Leistungen gefördert.
- Der zweite Vorteil ist, dass die Beschaffung im untersuchten Fall lokale Wirtschaftsförderung beinhaltet. Die Tatsache, dass viele Familien durch die Erzeugung und den Verkauf von Reis und Gemüse – und zunehmend auch Fisch – an die Schulen ein zusätzliches Einkommen erzielen können, führt zu einer außergewöhnlich großen Unterstützung des Programms über die Schulen hinaus. Ein Teil des Engagements der Kommunen resultiert erklärtermaßen aus dieser wirtschaftsfördernden Komponente.



- Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern und Kommune wurden in allen Schulen sämtliche organisatorischen Probleme gelöst, die sich hinsichtlich der ständigen Bereitstellung von Feuerholz und Küchenzutaten sowie der täglichen Verfügbarkeit von Köchinnen immer wieder stellen.
- Die Kommunalverwaltung wurde von Anfang an explizit an der Implementierung des Programms beteiligt, was eine erhebliche Unterstützung durch deren Mitarbeiter sicherte. Mehrere Kommunen planen, diese noch auszuweiten, indem zum Beispiel die Köchinnen auf die Lohnliste der Gemeinde gesetzt werden. Diese Unterstützung garantiert in allen 18 aufgenommenen Fällen einen reibungslosen Ablauf der Nahrungsmittelbeschaffung und -zubereitung.
- Die lokale Beschaffung hat sowohl quantitativ als auch qualitativ zu einem besseren Gemüseangebot geführt, indem gezielt Überschüsse produziert und auf den lokalen Märkten verkauft werden. Dadurch ergibt sich ein positiver Ernährungssicherungseffekt, der aber in seiner Bedeutung bisher nicht überprüft wurde.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE ENTWICKLUNGSHILFE

Die kostenfreie Schulspeisung in Grundschulen ist das wahrscheinlich beste Mittel, um in der Altersgruppe zwischen sechs und zwölf Jahren Ernährungsmängel bei Kindern zu reduzieren. Durch Einbeziehung der Vorschule, wie dies in den untersuchten Fällen vielfach geschieht, kann dieses Spektrum auf Kinder ab drei Jahren erweitert werden. Schulspeisung ist zudem eine sehr preiswerte Maßnahme und erreicht – im Gegensatz zu propagierten Alternativen wie Aufklärungsarbeit durch Gesundheitszentren oder die Arbeit mit Frauengruppen



Der Schultag beginnt mit einer gemeinsamen Mahlzeit.

– alle eingeschulten Kinder und damit fast alle Haushalte mit Kindern dieser Altersgruppe eines Landes direkt.

Durch den Austausch über das Essen in der Schule mit den Eltern, insbesondere den Müttern, ist es sehr wahrscheinlich, dass sich auch in den Familien die Speisegewohnheiten langsam ändern und Kleinkinder auf diese Weise indirekt vom Programm profitieren. Dadurch ist auch ein Sekundäreffekt zugunsten der Ernährung der ersten 1000 Tage zu erwarten.

Schulspeisung baut auf fast drei Dekaden Erfahrungen auf, die vor allem in Lateinamerika und dort insbesondere in Brasilien vielfach ausgewertet wurden. Entsprechend sind die Stärken und Schwächen des Ansatzes gut bekannt. So konnte auch nachgewiesen werden, dass extrem Arme dort nicht erreicht werden können, wo die Einschulungsrate niedrig ist und Primar-

schulen fehlen oder schlecht erreichbar sind. Umgekehrt stellt Schulspeisung ein hervorragendes Mittel dar, eingeschulten Kindern aus armen Haushalten durch gute Ernährung zu besserer Gesundheit und damit zu größerem Schulerfolg zu verhelfen.

Schulspeisung trägt dazu bei, dass Eltern in extrem armen Milieus ihre Kinder überhaupt zur Schule schicken. Oft ist sie sogar praktisch die einzige Motivation. Und in Ländern wie dem Tschad, Mauretanien, dem Niger oder dem Sudan ist eine regelmäßige Mahlzeit in der Schule die einzige Chance, den Kindern einen minimalen Schulerfolg zu garantieren.

In Ländern mit einer im Vergleich zum Durchschnittseinkommen schlechten Ernährungssituation, vor allem von Kindern, kann Schulspeisung einen wichtigen Beitrag zur gesünderen Ernährung und damit zur Reduzierung von Untergewicht

und Wachstumsverzögerung leisten. Dies trifft neben Kambodscha zum Beispiel auf Tadschikistan oder Laos zu, wo die Armutquoten zurückgehen, nicht aber die schlechten Ernährungswerte von Kindern und Frauen.

LITERATUR

Bliss, F., 2017: *Home-grown school feeding as a „good practice“ for poverty alleviation and nutrition security.* Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen (AVE-Studie 4, Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit).



FRANK BLISS

ist Professor für Ethnologie an der Universität Hamburg und freier entwicklungs-politischer Gutachter.

bliss.gaesing@t-online.de

Beitrag zur Ernährungssicherheit

Kostenlose Schulspeisung hat sich in Kambodscha als sehr erfolgreich sowohl für den Schulerfolg als auch für die allgemeine Ernährungssicherheit erwiesen. Derzeit unterstützt das World Food Programme rund 1220 Schulen landesweit. Verhandlungen mit dem kambodschanischen Bildungsministerium zielen darauf ab, das Programm ab etwa 2020 in nationaler Eigenregie fortzusetzen.

Die Armut ist dem südostasiatischen Land stark zurückgegangen, und die Ernährungssicherheit hat sich deutlich verbessert. Doch der Rückgang von Kindersterblichkeit und -morbidity sowie bei älteren Kindern von mentaler und physischer Entwicklungsverzögerung hinkt der allgemeinen positiven Entwicklung hinterher. Dafür sind unter anderem bestimmte Essensgewohnheiten verantwortlich.

Zum einen essen viele Menschen kein Frühstück. Die erste warme Mahlzeit in bäuerlichen Familien gib es erst um die Mittagszeit. Die zweite Gewohnheit betrifft die Übergewichtung von Reis als Hauptbestandteil der Ernährung, die selbst in wohlhabenden Familien vorherrscht. Der verwendete Reis ist geschält und wird nur durch wenige protein- und vitaminhaltige Zutaten ergänzt. Die einseitige Ernährung wirkt sich negativ auf das Wachstum und die allgemeine Gesundheit von Kindern aus.

Vor diesem Hintergrund bewirkt eine regelmäßige morgendliche Mahlzeit in den Schulen viel. Da die Einschulungsrate in Kambodscha sehr hoch ist, werden fast alle Mädchen und Jungen erreicht. Viele Kinder – vor allem aus armen Bevölkerungsschichten – müssen Klassen wiederholen oder brechen die Schule ab,



Dorfbewohner produzieren Gemüse für die Schulspeisung.

und dem wirkt die Schulspeisung entgegen. Sie fördert den Schulerfolg und sorgt dafür, dass mehr Kinder an weiterführende Schulen übergehen.

Gespräche mit Beteiligten im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen (siehe Haupttext) ergaben ein deutliches Erfolgsbild: Auf der schulischen Ebene wurde von einem regelmäßigen Schulbesuch seit Ein-

führung der Schulspeisung berichtet. Vorher „verschwanden“ bis zu einem Drittel der Kinder täglich einfach aus dem Unterricht, weil sie Hunger hatten. Die Kinder seien gesünder und konzentrierter, und die Wiederholerquote sei deutlich zurückgegangen. Zudem werde kaum noch ein Kind vor dem Grundschulabschluss aus der Schule genommen.

Ebenso deutlich zeigten sich die wirtschaftlichen Wirkungen durch die lokale Beschaffung. Durch die Kaufkraftzunahme und die Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln wie Gemüse, Fisch, Fleisch und Eiern wird vor allem vermehrt Gemüse in den Dörfern angebaut. Die Zahl der beteiligten Produzenten ist erheblich: Sie beträgt in einer Kommune mit vier beteiligten Schulen bis zu 200 Haushalte. Zudem gewinnt überall die Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und Vertretern der Gemeinden an Bedeutung, was wiederum dem Schulleben zugute kommt. (fb)

Russlands Präsident
Wladimir Putin im
Fernsehen.

Desinformation

Absichtlich erfundene Fake News sind ein internationales Phänomen. Digitale Kommunikationstechnik steigert die Wirkung politischer Propaganda. Gegenmaßnahmen sind auf vielen Gebieten nötig: Multinationale Technologiekonzerne müssen kompetent reguliert werden, Mediennutzer brauchen ein klares Verständnis der Arbeitsweise von Journalisten, und Medienschaffende müssen hohe Standards erfüllen. Demokratien können sich vor Angriffen schützen – aber das ist keine triviale Aufgabe.

Einsatz für die Wahrheit

Desinformation kann überall beginnen – und breitet sich mit Hilfe digitaler Buschströme und der politischen Gerüchteküche in Minutenschnelle in ganz Afrika aus. Faktenprüfung ist unerlässlich.

Von Alphonse Shiundu

Zu den spektakulärsten Fake News gehören Geschichten über:

- einen südafrikanischen Pastor, der im Kruger-Nationalpark von Löwen zerfleischt wurde, nachdem er sie zum Kampf herausgefordert hatte,
- einen Elefanten, der Millionen aus einer Bank in Nigeria gestohlen hat, und
- eine kenianische Frau, die glaubt, dass Marihuana-Rauch Masern bei kleinen Kindern heilt.

Es gibt keinerlei Beweise, dass diese Dinge wirklich passiert sind. Doch in Gesell-

schaften, in denen Mythen, Volksglauben und irrationale Vorstellungen tief verwurzelt sind, verbreiteten sich solche Märchen schnell über das Internet.

Wer online auf sie stößt, stellt sie selten in Frage oder sucht nach Beweisen für ihre Richtigkeit. Die Menschen teilen sie einfach über Plattformen wie WhatsApp, Facebook, Twitter oder Instagram. Sie lachen darüber. Manche glauben die Geschichten, andere nicht.

Klatsch und Gerüchte, Mythen und Glauben, Lügen und Meinungen sind seit jeher Teil der menschlichen Zivilisation. Die Technik ändert daran nichts, im Gegenteil: Sie trägt sogar zur Verbreitung von Desinformation bei.

„Der Unterschied ist, dass wir heute in einer Gesellschaft leben, die reich an Informationen ist und in der die Menschen viele Wege gefunden haben, um ihre Zerrbilder

schnell und effektiv zu verbreiten. Mit anderen Worten: Es ist kein technisches Problem, sondern ein menschliches“, sagt Sam Kamau, Dozent für digitale Medien an der Graduate School of Media and Communications der Aga-Khan-Universität in Nairobi. Zu diesem „menschlichen Problem“ trügen geringe digitale und Medienkompetenz bei. Vielen Afrikanern, vor allem der Jugend, fehlen seiner Ansicht nach Wissen, Werte und die Fähigkeit zum kritischen Denken, die sie brauchten, um ihre Erfahrungen in der virtuellen Welt einzuordnen.

POLITISCHE VERDREHUNGEN

Gefährlich wird es dann, wenn absichtlich verfälschte Informationen die öffentliche Meinung oder die Politik beeinflussen. Um das zu verhindern, gibt es Faktenprüfer. Africa Check, 2012 in Johannesburg gegründet, gehört zu den führenden Fact-Checking-Organisationen in Afrika. Ihr erklärtes Ziel ist es, „Fakten und Fiktion voneinander zu trennen“, um Ehrlichkeit in der öffentlichen Debatte zu garantieren. Africa Check ist außer in Südafrika auch in Kenia, Nigeria und dem Senegal vertreten. Laut dem Gründer und Chef der Organisation, Peter Cunliffe-Jones, befinden sich alle Niederlassungen in Ländern, die eine Führungsrolle in ihrer jeweiligen Region, relativ viel Medienfreiheit und gutes Internet haben. Africa Checks Online-Inhalte sind auf Englisch und Französisch verfügbar.

Die Organisation entlarvt Mythen, deckt Fake News auf, korrigiert Falschinformationen und stellt richtige Informationen zur Verfügung beziehungsweise verbreitet sie (siehe Kasten, S. 24). Der „InfoFinder“ auf ihrer Website nennt verlässliche Informationsquellen für verschiedene afrikanische Länder. Der Ansatz besteht laut Cunliffe-Jones darin, „korrekte Informationen anhand unserer Berichte, Merkblätter und des InfoFinders zugänglich zu machen“.

Der ehemalige Leiter des nigerianischen Landesbüros der französischen Nachrichtenagentur AFP war entsetzt, als religiöse Autoritäten und führende Politiker nach der Jahrtausendwende die Polio-Impfung in Nigeria schlechtmachten. Sie verbreiteten das Gerücht, es handele sich um eine Verschwörung des Westens, um Frauen unfruchtbar zu machen, und behinderten so den Erfolg der gemeinsamen Impfkampagne des UN-Kinderhilfswerks und der Weltge-



Kenias Präsident Uhuru Kenyatta im Wahlkampf im vergangenen Sommer.

sundheitsorganisation. In der Folge gelang es in Nigeria nicht, die Krankheit auszurotten.

Ähnliche Vorwürfe über Impfungen, die afrikanische Frauen und Mädchen unfruchtbar machen, kursieren immer wieder, zuletzt während des Wahlkampfes in Kenia im vergangenen Jahr. Africa Check wiederlegt solche Behauptungen.

Es ist heute allgemein bekannt, dass das Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica alles darangesetzt hat, sowohl das britische Brexit-Referendum als auch die US-Präsidentenwahl 2016 zu beeinflussen. Dasselbe Unternehmen hat auch die Informationslage in Nigeria und Kenia im Umfeld der Wahlen manipuliert. Es ist selbstverständlich die Aufgabe von Journalisten, Desinformationen aufzudecken.

Der Generalsekretär der kenianischen Journalistengewerkschaft Kenya Union of Journalists, Eric Oduor, ist überzeugt davon, dass die Inhalte, die die verschiedenen poli-

tischen Lager über soziale Medien verbreitet haben, die redaktionellen Perspektiven der wichtigsten Medien des Landes in der Wahlberichterstattung geprägt haben. Die traditionellen hätten sich ein Wettrennen mit den sozialen Medien geliefert, die ihnen den Rang abgelaufen zu haben schienen – denn diese genossen das Vertrauen der Nutzer, obwohl sie journalistische Grundsätze wie die Verpflichtung zur Wahrheit missachteten.

Oduor verweist auf die Ergebnisse von Medienauswertungen, die auf ein Versagen der Medien bei ihrer professionellen Gatekeeping-Funktion hinweisen: „Wenn Fake News es in die Mainstream-Medien schaffen, muss das System der Qualitätskontrolle hinterfragt werden. Redakteure müssen die Verantwortung übernehmen, denn alle Storys müssen geprüft und bestätigt werden.“ Der Gewerkschafter fordert: „Wir brauchen eine Clearingstelle, die alle

Falschmeldungen kennzeichnet, sobald sie entdeckt wurden.“ Die Warnung sollte dann weit verbreitet werden.

Um seine Reichweite und Einflussmöglichkeiten zu erhöhen, kooperiert Africa Check mit Medienunternehmen in den Ländern, in denen es vertreten ist. Seine Mitarbeiter informieren Journalisten und andere Medienschaffende über die Grundlagen der Faktenprüfung. Außerdem führt die Organisation Veranstaltungen durch, um die Öffentlichkeit aufzuklären.



ALPHONCE SHIUNDU
arbeitet für Africa Check
Kenia und studiert derzeit als
Chevening-Stipendiat Medien
und Entwicklung an der

University of Westminster in London.

shiunduonline@gmail.com

<https://twitter.com/Shiundu>

<https://africacheck.org/>

So geht Faktenprüfung

Fact-Checking ist ein replizierbarer Prozess. Jeder, der die gleiche Behauptung anhand der gleichen Dokumente prüft, muss zu dem gleichen Ergebnis kommen.

Hat der abgesetzte südafrikanische Präsident Jacob Zuma mit einer leichtbekleideten Dame getanz, wie auf im Internet verbreiteten Bildern zu sehen ist? Nein, da war Photoshop am Werk. Kamen in Uganda 2016 täglich mehr Flüchtlinge an als in manchen europäischen Ländern im gesamten Jahr? Ja, das stimmt. Beträgt Kenias Arbeitslosenquote 40 Prozent, wie weithin berichtet wird? Nein, das ist falsch. Kamen 2017 „mindestens 50 000“ Nigerianer durch Terrorismus ums Leben? Das ist vollkommen falsch.

All diese Behauptungen wurden auf ihren Wahrheits-

gehalt hin überprüft. Rechercheure und Redakteure von Africa Check, einer führenden Fact-Checking-Organisation in Afrika, veröffentlichten die Resultate.

Der erste Schritt besteht laut Africa Checks Handbuch zur Faktenprüfung darin, die genaue Behauptung zu identifizieren, die verifiziert werden soll. Es muss eine Tatsachenbehauptung sein, kein Ausdruck von Meinung oder Glauben. Im nächsten Schritt wird derjenige kontaktiert, der die Behauptung aufgestellt hat, und nach der Quelle oder dem Beweis gefragt. Sollte der Kontakt nicht möglich sein, müssen für den Fall relevante öffentlich zugängliche Dokumente geprüft werden. Dann befragt der Faktenprüfer Experten, die sich in dem betreffenden Gebiet nachweisbar gut ausken-

nen. Schließlich schreiben die Africa-Check-Autoren einen Bericht, in dem sie Schritt für Schritt die Nachweise erbringen und die verwendeten Quellen angeben. Der Bericht wird einem Redakteur vorgelegt und erst nach dessen Zustimmung veröffentlicht. Sollte im Nachhinein ein Fehler auftauchen – was bei Africa Check höchst selten passiert – wird eine transparente Berichtigung vorgenommen.

Faktenprüfung ist nötig. In der digitalen Welt werden Menschen stets Behauptungen aufstellen, Bilder und Videos verbreiten, offizielle Daten oder Umfragen missinterpretieren und Tatsachen übertreiben, um ihre Version der Geschichte zu erzählen. Die Aufgabe von Faktenprüfern besteht darin, die Öffentlichkeit über die Tatsachen zu informieren.

Die gute Nachricht ist, dass es weltweit immer mehr Faktenprüfer gibt. Das Inter-

national Fact Checking Network legt die Standards fest. Abgesehen von dem oben beschriebenen Vorgehen, gehören dazu die Verpflichtung zur Unabhängigkeit und zur Offenlegung von Quellen. Außerdem sollten Faktenprüfer transparent machen, wer sie finanziert. Die Standards werden jedes Jahr überarbeitet. Bisher haben sich rund 50 Unterzeichner zur Einhaltung dieses Regelwerks verpflichtet.

Africa Check ist nicht die einzige Initiative dieser Art in Afrika. Andere sind zum Beispiel:

- Pesa Check, das Informationen aus dem Finanzsektor in Kenia überprüft,
- Nation Newsplex, das vom größten Medienunternehmen Ostafrikas betrieben wird, der Nation Media Group in Nairobi, und
- Dubawa, eine Einrichtung zur Faktenprüfung der nigerianischen Zeitung Premium Times. (as)

Fakten checken

Hoher Druck führt zu Fehlern, nicht nur im Online-Journalismus. In Uganda trainieren unabhängige Medienorganisationen Journalisten, Fakten zu checken und auf ihre digitale Sicherheit zu achten.

Von Edward Ronald Sekyewa

Ende November 2017 wurden die Redaktionsräume der Boulevardzeitung RedPepper in Kampala versiegelt. Anti-Terrorismus-Polizei führte alle Journalisten und andere Mitarbeiter ab. Acht Redakteure und die Direktoren des Medienhauses wurden in das berüchtigte Nalufenya-Gefängnis gebracht, wo der ugandische Staat seine größten Feinde festsetzt.

Der Grund dafür: Die Zeitung hatte eine Story publiziert, für die es keine verlässlichen Quellen gab. Sie handelte von einer Verschwörung des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni, um den Präsidenten Ruandas, Paul Kagame, umbringen zu lassen. Als Museveni diesen Artikel las, war er verständlicherweise wütend und befahl, RedPepper schließen zu lassen. Redakteure und die Direktoren wurden also ver-

haftet. Die Medienschaffenden verbrachten mehr als zehn Wochen im Gefängnis.

Das Medienhaus behauptete, es habe die Story von einer ruandischen Website; also versuchten viele ugandische Journalisten, diese Website zu finden. Ohne Erfolg. Der Staat erklärte, dass die Boulevardzeitung die Geschichte erfunden habe.

Am Ende bemühten sich die Direktoren von RedPepper um eine Audienz bei Museveni, entschuldigten sich für ihr Verhalten und versprachen, sich in Zukunft „zu benehmen“. Bald darauf war RedPepper wieder online.

FAKTEN-CHECKS UND DIGITALE SICHERHEIT

Dieses Szenario war nichts Neues in Uganda; es passiert allen möglichen Medien – großen wie kleinen. Zu oft sind die Storys nicht glaubwürdig. Dies gilt für regierungseigene ebenso wie für private Medien. Journalisten müssen sorgfältiger arbeiten.

Wenn eine Nachrichten-Organisation das Vertrauen ihrer Leserschaft verdienen und aufrechterhalten will, dann sind Fakten-Checks und Verifizierung von Quellen



sehr wichtig. Dies ist umso entscheidender für Online-Medien. Heutzutage haben alle Medienunternehmen in Uganda – Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen – eine Internetpräsenz und versuchen, einander mit „Breaking News“ zu übertrumpfen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche reine Online-Medien. Infolgedessen ist der Kampf um Storys so hart wie nie zuvor. Deswegen machen viele Journalisten schwere Fehler. Ein Beispiel ist der Fall RedPepper.

In Kampala bietet das Hub for Investigative Media (HIM) Trainingsprogramme an, in denen ostafrikanische Journalisten die Grundlagen von Fakten-Checks und digitaler Sicherheit erlernen können. Die Workshops beschäftigen sich mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Journalisten, egal, ob sie an schnellen oder langfristigen Geschichten arbeiten. Eine schnelle Story muss am selben Tag ausgestrahlt oder



Edward Sekyewa (rechts) unterrichtet einen süd-sudanesischen Journalisten.

publiziert werden, während eine langfristige Story womöglich mehrere Wochen lang recherchiert werden muss, bevor sie publiziert wird.

Mit Unterstützung der Medienentwicklungs-Organisation DW Akademie hat HIM ein Tool für digitale Sicherheit entwickelt: die „Wekuume App“. Sie kann aus dem Google Play Store heruntergeladen werden und bietet Journalisten Antworten auf Fragen der digitalen Sicherheit. Zum Beispiel, wie man als Journalist mit Malware umgeht, insbesondere von Fake-Websites, wie man „Phishing“-Mails erkennt oder wie man falsche Online-Quellen identifiziert. Die App bietet auch Links für Themen an, die tiefere Recherche benötigen.

Wekuume ist ein Wort aus der Sprache Luganda und bedeutet: „sicher sein“. Die

Entwicklung der App begann 2014 und war im Oktober 2017 abgeschlossen. Sie funktioniert auf Android-Geräten und ist kostenlos.

Cybersicherheit ist eine wichtige Dimension von Sicherheit. Viele Medienhäuser haben Material verloren, weil sie analog und online angegriffen wurden. Im Februar wurde die Nachrichtenredaktion von NBS TV überfallen. Computer wurden zerstört und Terabytes von Inhalten vernichtet. Offensichtlich wollten die Angreifer verhindern, dass eine bestimmte Story ausgestrahlt wird. Es ist zu hoffen, dass die Redaktion eine Sicherungskopie ihrer Informationen hatte. HIM hat landesweit viele Journalisten gelehrt, wie man Back-ups erstellt.

Aber wie sicher ist die Information auf einem Gerät, das verlorengeht? Oder wenn

ein Laptop oder Smartphone in die falschen Hände gerät? Haben sie ein starkes Passwort, um die Geräte vor Eindringlingen zu schützen? Journalisten müssen diese Tools verstehen und sie nutzen können. In der digitalisierten Welt gehört dies zu den grundlegenden Kenntnissen jedes Medienschaffenden.

LINK

Hub for Investigative Media (HIM):
<http://www.him-ug.org/>



EDWARD RONALD SEKYEWA
ist der Direktor des Hub for Investigative Media (HIM). Er lebt in Kampala, Uganda.
edwardronalds16@gmail.com

Informationsgesetze sinnvoll nutzen

Einige ugandische Gesetze haben das Potenzial, journalistischen Recherchen zu nutzen und zur Transparenz der Regierung beizutragen. Sie bleiben jedoch wirkungslos, wenn weder die Öffentlichkeit oder die Regierungsbeamten sie kennen noch die Medien sie zu nutzen wissen. Der Access to Information (ATI) Act (Recht auf Information) ist ein gutes Beispiel.

Das Gesetz wurde 2005 vom Parlament erlassen, die Verordnungen jedoch erst im Jahr 2011. Vorher konnte das Gesetz nicht richtig angewandt werden. Unsere unabhängige Medienorganisation Hub for Investigative Media (HIM) in Kampala trat immer für eine vollständige Implementierung ein. Seit 2012 haben wir im Rahmen dieses Gesetzes Informationsanfragen an verschiedene Behörden gestellt.

Regierungsbeamte in Uganda verhalten sich üblicherweise wie Halbgötter, die dem Land einen Gefallen er-

weisen, indem sie ihm dienen. Die Idee, dass Bürger – und speziell Journalisten – von Beamten Rechenschaft verlangen können, scheint ihnen ein Mythos zu sein, obwohl es die Wahrheit ist. Beamte unterschiedlicher Behörden, die von HIM kontaktiert wurden, waren vollkommen erstaunt, dass Bürger dreist genug waren, um Informationen zu verlangen – was nichts anderes bedeutet als Rechenschaft einzufordern. Die häufigste Reaktion war: „Wie könnt ihr euch erdreisten, uns um Informationen zu bitten?“

HIM führte dies jedoch genauso durch, wie es das ATI-Gesetz vorschreibt. Wir wussten, dass uns viele Behörden die Informationen vorenthalten würden, aber wir gaben nicht nach, immer im vollen Bewusstsein, dass es gesetzlich möglich war, jede Behörde, die uns Informationen verweigerte, vor Gericht zu bringen. Und genau das geschah. Wir zerrten mehr als zehn Regierungsbe-

hörden vor Gericht, weil sie die ATI-Vorschriften nicht eingehalten hatten.

Den Regierungsbeamten war nicht klar, wie ernst die Sache war, bis sie Prozess um Prozess verloren. Dann erst wollten sie mit HIM in den Dialog treten. Wir stellten mehr und mehr Anträge auf Information bei unterschiedlichen Behörden. Allerdings waren wir der Ansicht, dass es bei unserem Bestreben, das ATI-Gesetz anzuwenden, besser sei, mit den Regierungsbeamten als gegen sie zu arbeiten. Es war klar, dass viele von ihnen nicht einmal wussten, dass das ATI-Gesetz existierte und dass sie für seine Nichteinhaltung verklagt werden konnten.

Unsere Aktion machte den Beamten deutlich, worum es sich bei dem Informationsgesetz handelt. HIM führte auch eine landesweite Kampagne durch, um Journalisten bezüglich dieses Gesetzes und ihrer Rechte fortzubilden.

Trotz aller Bemühungen, Regierungsorgane zur Weitergabe von Informationen zu bewegen, reagieren manche nicht

darauf. Makerere University gehört dazu. Man sollte eigentlich erwarten, dass diese renommierte akademischen Institution sich der Verpflichtung, die Öffentlichkeit zu informieren, bewusst ist. Aber die Leitung der Universität war es nicht, deswegen zerrte HIM sie vor den Kadi.

Es ging darum, dass HIM Informationen über die Zahl der Begünstigten des „State House“-Stipendiums an der Makerere University erbeten hatte. Der Präsident von Uganda hatte dieses Programm aus öffentlichen Mitteln aufgesetzt; daraus sollten Studenten aus armen Familien finanzielle Unterstützung fürs Studium erhalten. Diese Gelder wurden jedoch größtenteils an Kinder reicher Regierungsbeamter umgeleitet.

Medien-Aktivisten sind optimistisch, dass das Informations-Gesetz nach und nach angewendet wird. Dies wird es nicht nur für Journalisten einfacher machen zu recherchieren, sondern es wird auch dazu beitragen, Good Governance und Transparenz im Land zu verbessern. (es)

Wie man ein kritischer Medienkonsument wird

Soziale Medien sind ebenso wie Community Medien abhängig von aktiver Teilnahme. Deswegen ist es wichtig, Jugendlichen beizubringen, ethisch verantwortliche Medien zu produzieren und Medien auch kritisch zu konsumieren. Die Media and Information Literacy Learning Initiative in Namibia hilft dabei.

Von Julia Odoj

Wir leben in einer Welt, die sich schnell verändert. Globale Medien bieten Möglichkeiten, mit Lesern in der ganzen Welt zu kommunizieren. Innerhalb weniger Sekunden können Nachrichten Millionen von Menschen erreichen. Dank Internet haben junge Leute mehr Zugang zu sehr unterschiedlichen Medien.

Aber was nutzt uns das, wenn wir die Inhalte nicht wirklich entschlüsseln können, da wir nicht wissen, wer hinter den Medien steht? Wenn wir nicht wissen, wie wir Medien verantwortlich nutzen können? Weil wir nicht aktiv teilnehmen und die Potenziale des Internets so nicht voll ausnutzen?

Aller Fortschritt und Medienentwicklung können uns nur nutzen, wenn wir Medien analysieren und damit umgehen können.

Namibia hat viele Medienhäuser und gute Journalisten und genießt Pressefreiheit. 55 Prozent der Einwohner sind jünger als 25 Jahre. Sie werden die Zukunft des Landes gestalten. Den meisten namibischen Jugendlichen wird aber keine Medienethik und Medienkompetenz (Media and Information Literacy – MIL) vermittelt.

Eine Initiative will das ändern. Die Media and Information Literacy Learning Initiative (Milli*) wurde 2016 von dem Media Arts Technology Studies (MATS-) Programm des College of the Arts in Windhuk, Namibias Hauptstadt, gegründet. Milli* wird von der Deutsche Welle Akademie unterstützt. Das Ziel besteht darin, die namibische Gesellschaft medienkompetent zu machen. Milli* bildet lokale Trainer aus, die ihr neugewonnenes Wissen und Erfahrung in Projekten in ganz Namibia weitergeben. Joost van de Port, der Leiter des MATS-Programms, sagt, dass Milli* darauf abzielt, jungen Namibiern Medienkompetenz bei-



zubringen. Darin bestünde ein dringender gesellschaftlicher Bedarf.

Als eine nichtkommerzielle Initiative hängt Milli* von einem Netzwerk von Partnern ab, einschließlich Community-Radios und zivilgesellschaftlicher Organisationen auf lokaler Ebene, wie dem National Youth Council of Namibia, dem National Institute for Educational Development, dem Erziehungsministerium und dem Ministerium für Information und Kommunikationstechnologien. Die Initiative organisiert unter anderem eine jährliche Milli*-Sommerschule, einen zehntägigen Workshop in Windhuk. Die Zielgruppe sind motivierte junge Leute aus dem ganzen Land.

Founa Kazongominja nahm letztes Jahr daran teil. Sie ist ehrenamtliche Mitarbeiterin bei Base FM, einem Community-Radio. Sie sagt: „Die Milli*-Sommerschule hat mich auf meine Rolle als MIL-Jugendtrainerin vorbereitet.“ Danach organisierte sie „ein Jugend-Musikprojekt“ für acht



Eröffnung der Milli*-Sommerschule 2017 in Windhuk, Namibia.

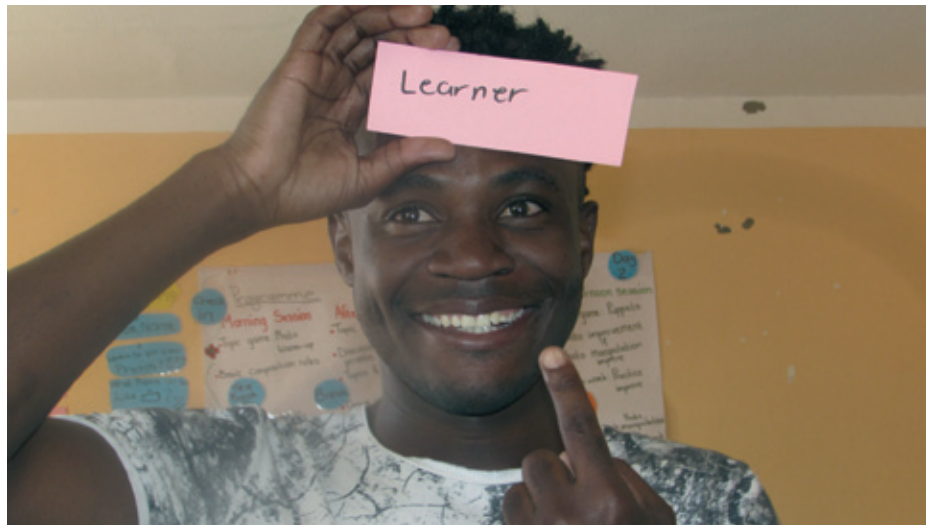
Journalisten und Radiomoderatoren bei Base FM. Ihre Botschaft lautete, dass es wichtig sei, der Musik genau zuzuhören, um die Relevanz des Songs zu erkennen. „Wenn wir wollen, dass die Musik sich positiv auf die Zuhörer auswirkt, dann müssen wir auf die Message achten, die jeder Song transportiert“, erklärt Kazongominja. Die Musik solle die Zuhörer nicht nur unterhalten, sondern zu einer öffentlichen Debatte motivieren.

In der Milli*-Sommerschule lernen die Teilnehmer, unterschiedliche Medienbotschaften kritisch zu analysieren. Relevante Punkte sind dabei, die Informationsquelle zu identifizieren und entscheidende Fakten zu erkennen, wie etwa die Namen, Orte und Daten. Diese Dinge können – und sollen – geprüft werden. Teilnehmer bekommen außerdem die Möglichkeit, hochwertige Medieninhalte zu produzieren, so dass sie später andere Jugendliche unterrichten können.

„Nach dem Lehrgang habe ich erst begonnen, richtig Radio zu hören“, sagt Farah Judith Isaacs, eine Teilnehmerin der Sommerschule. Sie achtet jetzt auch darauf, welche Bilder sie in den sozialen Medien teilt, weil sie sich jetzt „bewusst ist, dass unterschwellige Messages darin enthalten sein können“.

LEHRER AUSBILDEN

Der Milli*-Zertifikats-Kurs bildet Leute aus Jugendorganisationen und Medienhäusern aus. Sie kennen bereits die Grundlagen von MIL und werden selber Milli*-Trainer. Sie müssen acht Module über einen Zeitraum von zwei Jahren abschließen, was sie befähigt, verschiedene Arten von MIL-Projekten für unterschiedliche Zielgruppen zu organisieren.



Teilnehmer des Medientrainings in Windhuk, Namibia.

Der Zertifikats-Kurs begann mit einem ersten Modul im April 2017 mit einer Kerngruppe von 15 Teilnehmern für die Pilotphase. Olivia Ebas, eine der Teilnehmerinnen, arbeitet für die Omaheke-Regionalbücherei in Gobabis und nutzt ihre neuen Fertigkeiten bereits. „Ich habe in meiner Bibliothek einen Medienkompetenz-Club für Kinder zwischen zehn und zwölf Jahren gestartet“, erzählt sie. „Ich nutze meine neuen Kenntnisse für die Inhalte und Ausbildungsmethoden für diesen Medienclub.“

Ebas nahm an der Sommerschule 2016 teil und ist nun ein Mitglied des Milli*-Stiftungsrates. „Diese Initiative hat mich persönlich sehr weitergebracht. Ich habe nun ein besseres Verständnis von Medienkompetenz in Namibia und der Welt“, sagt sie. Andere Milli*-Alumni sind ebenso enthu-

siastisch. Deonerica Kuhlmann, eine ausgebildete Trainerin, meint, Milli* sei „nicht nur eine Initiative: Es ist eine Bewegung, ein Gefühl, eine FaMilli*.“

LINKS

Media and Information Literacy Learning Initiative (Milli*):

<http://www.milli.edu.na>

Milli* Facebook-Seite:

<https://www.facebook.com/millinamibia/>



JULIA ODOJ

ist Koordinatorin bei der Media and Information Literacy Learning Initiative (Milli*). Sie lebt in Windhuk, Namibia.

Namibia.

coordinator@milli.edu.na

Medien verstehen und nutzen

Media & Information Literacy (MIL) bedeutet, dass eine Person imstande ist, die Nachricht der Medien zu erkennen, zu verstehen und zu analysieren, ebenso wie Inhalte zu erstellen und zu verbreiten. MIL-Trainingskurse befähigen die Bürger, unterschiedliche Medien kompetent zu nutzen. Drei Schritte sind

wichtig, um Medienkompetenz (media literacy) zu erlangen:

1) Die Menschen müssen verstehen, wie professionelle Medien arbeiten und wie in Medienhäusern Entscheidungen gefällt werden. Wichtige Standards beinhalten, die Quellen zu identifizieren, eine Vielfalt von Standpunkten darzustellen

und Fakten zu liefern. Bürger, die auf diese Dinge achten, können erkennen, welche Websites zuverlässig sind und welche höchstwahrscheinlich Falschinformationen verbreiten.

2) Damit Bürger an einer öffentlichen Debatte teilnehmen können, müssen sie ihre Stimme hörbar machen. Deswegen reicht es nicht aus, darüber informiert zu sein, wie man Medien konsumiert; das Grundlagenwissen, wie man

Inhalte produziert, ist ebenfalls wichtig. Dies umfasst technische Fertigkeiten, wie zum Beispiel einfach Fotos mit dem Smartphone zu machen.

3) Der letzte Schritt besteht darin, ein breiteres Verständnis der Medienlandschaft zu bekommen. Dieses Verständnis erlaubt den Menschen, ihr Umfeld besser einzuschätzen, ihre Rechte einzufordern und Qualitätsmedien einzufordern. (jo)

Erst denken, dann teilen

Die Nachrichtenflut im Internet nimmt stetig zu, und die Anbieter buhlen um die Aufmerksamkeit der Nutzer. Die einen wollen schlicht ihre Klickzahlen erhöhen, andere gezielt manipulieren. Echte Nachrichten von Fake News zu unterscheiden, ist nicht einfach. Klare rechtliche Bedingungen und Transparenz sind unabdingbar – ebenso wie eine kritische Herangehensweise der Nutzer.

Von Benjamin Gaul

„Die beste Verteidigung ist ein kritischer Verstand“, lautet die Analyse des EU-Kommissars für die Sicherheitsunion, Julian King, im Kampf gegen gezielte Desinformation. Denn er sieht in der Förderung der Medienkompetenz von Bürgern die erste Verteidigungslinie gegen eine regierungsgestützte, prorussische Desinformations-

kampagne, die sich gegen die EU und ihre Mitgliedsstaaten richtet.

Natürlich sind auch Politik, Medien, NGOs und Fact-Checker gefragt, doch die wichtigste Aufgabe liegt bei uns allen. Wer erst denkt und dann Inhalte weiterleitet, hilft bei der Problemlösung. Leider liegt im schnellen Konsum massenhafter Informationshäppchen das Wesen sozialer Medien. Dieser Umstand begünstigt die Verbreitung von Desinformation, Halbwahrheiten und Lügen.

„Pope Francis shocks world, endorses Donald Trump for president, releases statement“ – diese frei erfundene Meldung von der angeblichen Unterstützung des Papstes für Donald Trump war mit 960 000 Interaktionen die erfolgreichste Facebook-Meldung in den drei Monaten vor der US-Präsidentenwahl 2016, wie BuzzFeed herausfand. In einer Analyse zeigte das Medienunter-

nehmen darüber hinaus, dass während dieser kritischen Phase die 20 erfolgreichsten Falschmeldungen von unseriösen Webseiten oder Blogs mehr als 8,7 Millionen Interaktionen hervorriefen. Die 20 erfolgreichsten Meldungen von großen Nachrichtenseiten schafften es in der gleichen Zeitspanne gemeinsam nur auf 7,4 Millionen Interaktionen.

Ob derlei Nachrichten Wähler in ihrer Entscheidung nachhaltig beeinflusst haben und wenn ja, wie viele und wie sehr, ist nicht bekannt. Kurz nach der Überraschungswahl von Trump hatte Facebook-Chef Mark Zuckerberg es noch als „verrückte Idee“ bezeichnet, dass seine Plattform zum Wahlergebnis mit beigetragen haben soll. Nachdem der Aufklärungsdruck zur russischen Einmischung via Social Media jedoch merklich zunahm, relativierte er diese Einschätzung und versprach, dass seine Plattform noch engagierter gegen Fake News vorgehen werde. Allerdings sei das Hauptproblem dabei häufig nur schwer lösbar. Die Unterscheidung zwischen gänzlich wahr und gänzlich unwahr sei in der Regel verhältnismäßig



In Zeiten von Fake News gewinnt seriöser Journalismus wieder an Bedeutung – sowohl online als auch in der analogen Welt. Zeitungskiosk in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh.

einfach zu treffen – anders sieht es aber aus, wenn eine Information zum Großteil stimmt, jedoch Details verändert oder weggelassen werden.

EMPÖRUNG ALS ERFOLGSREZEPT

Ein deutsches Beispiel aus dem Jahr 2016: In der Adventszeit berichtet die deutsche Ausgabe der Huffington Post, dass eine Woolworth-Filiale in Dortmund ab sofort keine Weihnachtsartikel mehr verkaufe. Die vermeintliche Begründung folgt in der dritten Zeile: „Eine Verkäuferin der Filiale soll laut Medienberichten gesagt haben: ‚Wir sind ein muslimisches Geschäft, wir wollen keine Weihnachtsartikel verkaufen.‘“ Wer nur den Artikel liest und nicht das beigestellte Video bis zum Schluss anschaut, erfährt nicht die wahren Beweggründe des Unternehmens. Zwar hat Woolworth die Weihnachtsartikel tatsächlich aus der Filiale entfernt, diese jedoch allein wegen der schleppenden Nachfrage auf umliegende Häuser verteilt. Laut einer Untersuchung des Magazins Vice konnten die von der Huffington Post genannten „Medienberichte“ nicht belegt werden. Mehr als 600 Mal wurde die dazugehörige Meldung jedoch geteilt – ein PR-Erfolg für die Facebook-Seite der Huffington Post.

Facebook hat mehr als 2 Milliarden Nutzer. Die Flut an Informationen nimmt stetig zu, allein die Aufmerksamkeit ist endlich: Innerhalb von 1,7 Sekunden entscheidet sich, ob ein mobiler Facebook-Nutzer mit einem Inhalt in seinem Newsfeed interagiert. Ein reißerischer Titel ist im Empörungswettbewerb oftmals ausreichend, um geteilt zu werden. So ziehen Falschmeldungen und Desinformationen immer größere Kreise.

Die Vice-Analyse kürte aus den reichweitenstärksten Nachrichtenseiten mit Vollredaktionen die „Champions der Desinformation“ – auf den ersten drei Plätzen landeten Sputnik DE, Huffington Post DE und RT Deutsch. Bei 42 bis 47 Prozent der untersuchten Facebook-Postings dieser drei Plattformen handelte es sich um falsche oder zumindest irreführende Informationen. In Zeiten, in denen nicht nur die britische Premierministerin Theresa May Russland vorwirft, sich in Wahlen und Referenden einzumischen und in aller Welt Meinungen zu manipulieren, rücken Kreml-nahe Plattformen wie Sputnik und RT besonders in den Fokus. Experten fürchten, Desinfor-

mation könne die demokratische Grundordnung auch in Deutschland destabilisieren.

Russland spielt hierbei eine besondere Rolle. Eine Analyse des Institute for Strategic Dialogue und der London School of Economics ergab, dass im Bundestagswahlkampf 2017 neben internationalen Rechtsextremisten-Netzwerken vor allem Kreml-nahe Medien versucht haben, bestehende „Spalt-Themen“ zu akzentuieren. Dass derlei Aktivitäten maßgeblichen Einfluss auf das Wahlergebnis hatten, ist bislang nicht bekannt.

Jedoch können sie eine Eigendynamik entwickeln und den Vorwurf anheizen, „die Medien“ würden nicht frei berichten oder sie würden durch die Politik manipuliert. Seit Jahren spüren traditionelle Medienhäuser zunehmende Ablehnung an den politischen Rändern. Wird Wahrheit relativiert und werden die „Mainstreammedien“ verunglimpft, führt das zu Verunsicherung, wie das Ende Januar 2018 erschienene „Edelman Trust Barometer“ aufzeigt. Anfangs wurde das Phänomen von Falschinformationen im Internet noch belächelt, doch inzwischen geben laut dieser jährlich erscheinenden Studie sieben von zehn Menschen weltweit an, Angst vor Fake News zu haben.

KLASSISCHER JOURNALISMUS WIEDER GEFRAGT

Während das Vertrauen in Suchmaschinen und soziale Medien gesunken ist, gewinnt der traditionelle Journalismus jedoch wieder an Vertrauen. In 21 von 28 untersuchten Ländern gaben Befragte an, Traditionsmedien mehr zu vertrauen als Google, Facebook und Co. Offenbar sehnen sich viele Menschen verstärkt nach Fakten und Einordnung von Profis, die ihr Handwerk verstehen.

Wie aber schützt sich eine Demokratie, deren Grundwerte wie Toleranz, Meinungs- und Pressefreiheit sie gleichzeitig angreifbar machen, vor massenhafter Falschinformation im Cyberraum? Natürlich ist hier zuvörderst die Politik gefragt. In Deutschland gilt seit kurzem das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das Facebook und Co. dazu zwingen soll, Hass, Fake News und offensichtliche Gesetzesverstöße in kurzer Zeit von ihren Plattformen zu verbannen.

Gesetzliche Maßnahmen wie diese setzen die Plattformbetreiber zwar unter Druck, doch es gibt auch begründete Kritik an solchen Lösungen. Denn was sind etwa „offensichtliche“ Gesetzesverstöße? Nicht

alles, was verletzend, erfunden oder dumm ist, ist zwingend illegal. Und wird die Ahndung von Gesetzesverstößen nicht faktisch privatisiert, wenn nicht Gerichte, sondern Unternehmen über die Rechtmäßigkeit von Inhalten entscheiden? Und besteht nicht die Gefahr, dass im Zweifel schwierige Inhalte vorauseilend gelöscht werden, die eine Meinungsvielfalt lebende Gesellschaft eigentlich aushalten sollte? Um das eine Ziel zu erreichen, ohne das andere aufzugeben, muss die öffentliche Diskussion um diese Fragen weitergehen.

Wichtige Schritte wurden bereits unternommen. Die EU-Kommission hat eine „High-Level Group on Fake News and Online Disinformation“ ins Leben gerufen, die aus internationalen Vertretern von NGOs, Medien und Forschern besteht. Ihre Empfehlungen sollen in eine umfassende EU-Strategie zur Bekämpfung von Fake News einfließen. Wie bei anderen Fragestellungen auch muss Europa bei den problematischen Begleiterscheinungen der Digitalisierung an einem Strang ziehen, da diese nicht an Landesgrenzen haltmachen.

Die traditionellen Medien müssen in ihrer Arbeit noch transparenter werden. Fact-Checking wird heute bereits in vielen Fällen durch ganze Teams vorgenommen, um Fake News und Desinformation offenzulegen. Redaktionen dürfen jedoch nicht müde werden, einer kritischen Öffentlichkeit gegenüber immer wieder transparent zu machen, welche journalistischen Kriterien darüber entscheiden, was eine Nachricht wird, was nicht und warum. Nur so kann dem Vorwurf erfolgreich begegnet werden, die „Lügenpresse“ sei tendenziös und versuche, bestimmte unbequeme Wahrheiten in der Berichterstattung zu unterdrücken.

Am Ende kommt es auf jeden einzelnen von uns besonders an. Wie im Straßenverkehr müssen mündige Bürger in einer digitalisierten Welt von klein auf lernen, sowohl mit den Vorzügen als auch mit den Gefahren, die diese Technologie mit sich bringt, möglichst sicher umzugehen. Erst schauen, dann gehen – oder anders ausgedrückt: erst denken, dann teilen!



BENJAMIN GAUL
ist Koordinator für Social-Media-Strategien der Konrad-Adenauer-Stiftung.
benjamin.gaul@kas.de

<http://www.kas.de>

Facebook und die Fake News

Beim Thema Fake News denkt jeder automatisch gleich auch an Facebook. Das weltweit größte soziale Netzwerk hat nur halbgare Konzepte gegen Falschnachrichten und Desinformation zu bieten und gerät derzeit durch einen der größten Datenskandale aller Zeiten in Verruf.

Von Patrick Schlereth

„Wenn die Message stimmt, ist uns eigentlich egal, woher das Ganze kommt oder wie es erstellt wurde. Dann ist es auch nicht so tragisch, dass es fake ist.“ Das Zitat stammt von Christian Lüth, Pressesprecher der rechtsnationalistischen Partei AfD. Es bezieht sich auf eine Bildmontage, die 2017 getweetet wurde und auf der eine Politikerin der Jungen Union zur Antifa-Steinewerferin umgedeutet wurde. Das Zitat ist ein Bekenntnis zum postfaktischen Zeitalter, in dem das Schüren von Angst vor linken Kra-wallmachern, Flüchtlingen und kritischen Medien mehr zählt als faktische Genauigkeit.

Falschnachrichten oder Fake News sind kein neues Phänomen – man denke nur an die gefälschten Hitler-Tagebücher, die das Magazin Stern 1983 veröffentlichte, oder die angebliche Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak, die 2003 zur Rechtfertigung des US-Kriegseinsatzes diente. Neu ist, dass mithilfe der sozialen Medien jeder Einzelne Desinformationen verbreiten kann, während die klassischen Medien ihre Filter- und Vermittlerfunktion immer mehr verlieren.

Ein Problem dabei sind auch die sogenannten Social Bots, das sind leicht zu erstellende Computerprogramme, die automatisiert bestimmte Aufgaben erfüllen. Sie können in sozialen Netzwerken menschliche Identitäten in Fake-Accounts vortäuschen und diese mit Falschmeldungen oder Hetzkampagnen überfluten. Social Bots teilen ihre Beiträge gegenseitig und setzen damit Scheinthemen, die echte Diskussionen überlagern.

Beim Thema Fake News geht es fast automatisch auch immer um Facebook. Das soziale Netzwerk hat fast 2,2 Milliarden

aktive Nutzer, deutlich mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung. Viele junge Menschen auch in Entwicklungsländern beziehen ihre Informationen fast ausschließlich über Facebook.

Facebook liebt das Extreme. Und es liebt Nachrichten, die Emotionen wecken und in großer Zahl geteilt werden. Viele Nutzer fühlen sich von Fake News angesprochen, weil sie viel spannender als die Nachrichten der etablierten Medien anmuten.

EINFLUSS VON FAKE NEWS

Wie groß der Einfluss von Falschmeldungen ist, zeigt etwa die Abstimmung um den Austritt Britanniens aus der EU. Die Briten stimmten für den Brexit, nachdem die Befürworter die Lüge in die Welt gesetzt hatten, ohne EU-Mitgliedschaft könnte das nationale Gesundheitswesen wöchentlich 350 Millionen Pfund pro Woche mehr bekommen. US-Präsidentenskandidatin Hillary Clinton wurde im Wahlkampf wahlweise als Drahtzieherin von Kinderpornoringen oder Sympathisantin von Al-Kaida oder IS-Terroristen verunglimpft – am Ende gewann Donald Trump, der von Fake News mehr versteht als von Politik. Die Verbindungen des US-Präsidenten nach Russland sind Gegenstand von Ermittlungen. Russische Trollfabriken, die im Auftrag des Staates verdeckt Manipulationen im Internet betreiben sollen, werden verdächtigt, die US-Wahl in den sozialen Medien maßgeblich beeinflusst zu haben.

Im Präsidentschaftswahlkampf in Kenia waren in den sozialen Medien gefälschte CNN- und BBC-Videos im Umlauf, die mit ebenfalls gefälschten Zahlen einen hohen Vorsprung des Amtsinhabers Uhuru Kenyatta vor seinem Herausforderer Raila Odinga verkündeten. Dass Kenyattas Wahlsieg nur vereinzelt zu Ausschreitungen führte und nicht in eine Gewalteskalation wie nach der Wahl 2007 mündete, ist wohl der Erfahrung der Wähler im Umgang mit Fake News zu verdanken. In einer Umfrage der Beratungsfirma Portland unter 2000 Kenianern gaben 90 Prozent der Befragten an, ihnen seien vor der Wahl Falschmeldungen

untergekommen, von denen 87 Prozent vorwiegend falsch waren.

In den sozialen Medien sind Fake News nicht nur politisch motiviert, sondern auch ein lukratives Geschäft. Erst im August 2017 kam Facebook auf die Idee, ein Werbeverbot für Seitenbetreiber zu verkünden, die wiederholt Fake News teilen. Facebook argumentiert, dass es „auf diese Weise unwirtschaftlich“ für Seitenbetreiber werde, Falschmeldungen zu verbreiten. Allerdings kann das Verbot wieder aufgehoben werden, wenn die Seitenbetreiber mit der Veröffentlichung von Falschmeldungen aufhören.

Ein größeres Problem geht von privaten Accounts aus. Facebook weigert sich, anonymisierte Daten über Produktion und Verbreitung von Desinformation auf privaten Accounts für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Tech-Konzern begründet dies mit dem Schutz der Privatsphäre seiner Nutzer. Dieser Schutz war Facebook bei finanziellen Kooperationen mit Datenbrokern bis zuletzt aber wenig wichtig, wie auch der jüngste Datenskandal zeigt.

DER FACEBOOK-DATENSKANDAL

Im März wurde durch einen Whistleblower bekannt, dass sich die britische Datenanalysefirma Cambridge Analytica (CA) illegal Daten beschafft hatte. Facebook soll seit 2015 vom Datenraub gewusst, aber nichts unternommen haben. Facebook forderte lediglich die Löschung der Daten, ohne zu prüfen, ob CA dieser Forderung nachkam. CA agierte mithilfe einer Dritt-App, heruntergeladen von 270 000 Facebook-Nutzern. Was diese für einen harmlosen Persönlichkeitstest im Dienste der Wissenschaft hielten, war in Wahrheit eine Strategie zum Aufbau psychologischer Wahlkampagnen. Mit der Einwilligung zur Teilnahme gaben die 270 000 Nutzer nicht nur ihre eigenen Daten preis, sondern die ihrer Facebook-Freunde gleich mit, wodurch sich CA Datensätze von bis 87 Millionen Nutzern verschaffte.

Eine Undercover-Reportage des britischen Senders Channel 4 legt nahe, dass CA das Wahlverhalten der Social-Media-Nutzer mit Fake News und inszenierten Sexskandalen manipulierte. Offiziell brüstet sich die Firma, die von Trumps ehemaligem Chefstrategen Stephen Bannon mitaufgebaut wurde, nicht nur mit ihrem



Facebook bemüht sich nicht ernsthaft im Kampf gegen Fake News.

Einfluss auf die US-Wahl, sondern auch auf das Brexit-Votum, die Wahlen in Kenia 2013 und 2017 sowie viele andere Wahlen auf allen Kontinenten. Vieles davon dürfte Übertreibung zu Marketingzwecken sein, denn Cambridge Analytica arbeitete auch für den erfolglosen Präsidentschaftsbewerber Ted Cruz.

So oder so hat der Skandal dem Ruf von Facebook nachhaltig geschadet. Mehrere Unternehmen haben bereits ihren Rückzug aus dem sozialen Netzwerk verkündet. Facebook-Chef Mark Zuckerberg musste sich vor dem US-Kongress rechtfertigen, und es gibt Forderungen, den Tech-Konzern zu zerschlagen, um seine Vormachtstellung einzudämmen.

Vor allem nach der US-Wahl 2016 geriet Facebook schwer in die Kritik, weil es nichts gegen die Häufung von Fake News unternahm. Trump-Unterstützer setzten skrupelloser auf Falschmeldungen als die Gegenseite und profitierten dabei vom Facebook-Algorithmus, der oft geteilte Inhalte bevorzugt und in die Newsfeeds der Nutzer spült. Der Wahrheitsgehalt spielt dabei keine Rolle: Die Falschmeldung über eine Wahlempfehlung des Papstes für Trump wurde bis zum Wahltag mehr als 960 000 Mal geteilt, die Aufdeckung der Fäl-

schung nur 34 000 Mal. Trotzdem bezeichnete Zuckerberg den Vorwurf, Facebook habe den Ausgang der Wahl beeinflusst, als „ziemlich verrückte Idee“.

Auf massiven öffentlichen Druck hin entwickelte Facebook dann doch ein halbbares Konzept, um die Verbreitung von Fake News einzudämmen. Im Frühjahr 2017 führte der Konzern in den USA in Zusammenarbeit mit externen Nachrichtenseiten eine Kennzeichnung umstrittener Inhalte ein: Ein von mindestens zwei Prüfern beanstandeter Beitrag wurde mit einem „Disputed“-Flag versehen, gekennzeichnet durch ein rotes Warndreieck. Mindestens zwei Prüfer sollten es sein, weil Facebook die Messlatte für das Stigma möglichst hoch ansetzen wollte. Mit dieser Strategie gab der Konzern die Bringschuld an die Nutzer weiter, denn diese mussten potenzielle Fake News zunächst melden, damit die externen Prüfer überhaupt ins Spiel kamen.

Am Ende musste Facebook zugeben, dass die Warndreieck-Strategie nicht funktionierte. Die externe Prüfung dauerte oft mehrere Tage, die Falschmeldung wurde in dieser Zeit schon tausendfach geteilt. Außerdem gelten nicht gekennzeichnete Inhalte plötzlich umso mehr als unumstritten.

Nach Facebooks eigenen Angaben blieb die „Disputed“-Flag meist wirkungslos – und erzielte im schlimmsten Fall den gegenteiligen Effekt. Verschwörungstheoretiker und Demagogen drehten den Spieß um und bezichtigten den politischen Gegner der Lüge. Niemand schreit so oft „Fake News“ auf Twitter wie der US-Präsident – und verbreitet so viele Unwahrheiten.

Ende 2017 schaffte Facebook das Warndreieck ab und setzt seitdem auf verwandte Inhalte, die die Falschnachricht in einen Kontext setzen. Dafür ist laut Facebook nur noch ein Faktenprüfer notwendig, was die Bearbeitungsdauer verkürzt. Die Klickrate von Fake News bleibe durch die neue Strategie zwar unverändert, die Falschnachrichten würden jedoch weniger verbreitet. Weil Facebook so geizig mit seinen Daten umgeht, lassen sich diese Angaben kaum überprüfen. Externe Faktenprüfer klagen jedenfalls darüber, dass ihre Arbeit durch die mangelnde Kooperation des Tech-Konzerns erschwert wird.



PATRICK SCHLERETH
ist Redakteur des
Digitalressorts der Frankfurter
Rundschau.
<http://www.fr.de>

Machtvolle Lügen

Dem philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte verhalf vor zwei Jahren eine Welle von Falschinformationen zur Macht. Seine Wahlversprechen hat er nicht eingehalten – außer einem: Sein erfundener „Krieg gegen Drogen“ forderte rund 12 000 Menschenleben.

Von Alan Robles

Rodrigo Duterte ist laut der NASA (National Aeronautics and Space Administration) der beste Präsident im Sonnensystem. Königin Elizabeth II. bewundert ihn und findet, alle Staatslenker der Welt sollten ihn um Rat fragen. Microsoft-Gründer Bill Gates ist so beeindruckt davon, wie friedlich die Philippinen unter Duterte geworden sind, dass er in Manila 20 Milliarden Dollar investiert hat.

All das sind grobe Lügen – nur einige von vielen, die auf Facebook kursieren. Sie

schließlich wie Giftmüll auf den Bildschirmen vieler Filipinos auftauchen. Das ist weder ein Versehen noch Zufall: Diese Flut an Falschinformationen wird bewusst erstellt, verbreitet und aufrechterhalten, um Duterte gut darzustellen, das Volk zu verwirren und Kritiker zu diskreditieren.

Desinformation ist nichts Neues in der Politik. „Fake News“ sind Propaganda – und die gibt es seit Jahrhunderten. Allerdings erlangen sie heutzutage durch Social-Media-Plattformen enorme Bedeutung. Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels hätte von einer solchen sofortigen Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit und maßgeschneiderten Anwendung nur träumen können.

Drei Dinge ermöglichen die schnelle Verbreitung falscher Nachrichten auf den Philippinen: mobile Geräte, Facebook und

nen Handy-Verträge und 47 Millionen Facebook-Konten.

Unbekannt ist, wie viele dieser Facebook-Accounts Trolle gehören. In den Anfängen des Internets waren Trolle unangenehme Personen, die gerne Diskussionen sprengten und Ärger machten. Heute organisieren Berater gegen Bezahlung ganze Troll-Armeen. Diese versprühen ihr Gift über gefälschte Konten oder automatisierte Softwareprogramme („Bots“).

Viele glauben, Donald Trump sei der erste populistische Führer mit autoritären Neigungen, den Fake News im November 2016 an die Macht gebracht haben. Dabei trug schon sechs Monate zuvor eine Welle von Falschinformationen im Internet Duterte an die Macht. Er polarisierte die Wähler, indem er Ängste, Hass und Groll schürte.

CYBERANGRIFF

Forscher und Journalisten konnten rekonstruieren, wie Dutertes Strategen Trolle nutzten, die öffentliche Meinung manipulierten und gestohlene Daten verwendeten, um die Wähler individuell zu erreichen. Sie konsultierten auch ausländische Berater – so vermutlich auch Alexander Nix, den ehemaligen Leiter von Cambridge Analytica. Die Firma wurde jüngst beschuldigt, persönliche Daten von 87 Millionen Facebook-Nutzern gestohlen zu haben, um die Trump-Kampagne zu unterstützen.

Die South China Morning Post aus Hongkong berichtete, dass Nix Manila 2015 als Leiter der Strategic Communication Laboratories (SCL), einer Muttergesellschaft von Cambridge Analytica, besuchte. Vor dem nationalen Presseclub sagte er: „Wahlen sind am wirkungsvollsten, wenn die Leute selbst den Wahlkampf betreiben.“ Strategen sollten lieber Daten als Umfragen nutzen, um das Wählerverhalten zu beeinflussen. Laut Nix könnten selbst „komplett unfähige“ Kandidaten, die unter normalen Umständen nie gewinnen würden, mithilfe der richtigen Strategie „likeable“ werden.

SCL behauptet, viele Kandidaten weltweit erfolgreich beraten zu haben. Auf einer inzwischen gelöschten SCL-Website stand, ein Kunde sei ein philippinischer Kandidat gewesen, dem man geraten habe, den geradlinigen, hart gegen Kriminalität vorgehenden Anführer zu spielen. Duterte wurde nicht namentlich genannt, aber er muss gemeint gewesen sein. Der Präsident des nati-



Proteste gegen Präsident Duterte am 21. September 2017, 45 Jahre nachdem Diktator Ferdinand Marcos das Kriegsrecht ausgerufen hatte.

werden als „Nachrichten“ präsentiert, mit erfundenen Überschriften, gefälschten Fotos und Zitaten in gebrochenem Englisch. Oft beziehen sie sich auf irreführende Websites wie aljazeera-tv, bbc101.co.uk, dailymail oder dw-tv3.

Zehntausende Facebook-User liken, unterstützen und teilen diese Lügen, die

Trolle – das sind Internet-Nutzer, denen es nur um Provokation und Propaganda geht. Fast jeder Filipino hat ein Smartphone, und jeder kommt dank günstiger Verträge jederzeit ins Internet. Facebook ist die beliebteste Plattform. Laut der Website www.rappler.com gibt es auf den Philippinen derzeit 101 Millionen Einwohner, 119 Millio-

onalen Presseclubs ist inzwischen übrigens Dutertes Staatssekretär für Kommunikation.

Im April 2018 gab Facebook bekannt, Cambridge Analytica habe private Daten von mehr als einer Million philippinischer Facebook-Nutzer gestohlen. Was SCL und Cambridge Analytica auf den Philippinen bewirkten, bleibt unklar. Gleiches gilt für eine als „rumänisch“ bezeichnete, ausländische Gruppe. Der Kampagnen-Manager eines anderen Kandidaten sagte, man habe ihm ein automatisiertes System angeboten, das spezielle Software nutzte, um die Aktivitäten auf sozialen Medien zu überwachen, Themen zu identifizieren, Unterstützer zu mobilisieren, Inhalte zu verbreiten und tausende gefälschte Konten zu generieren. Das alles würde von einem High-Tech-Kommandozentrum aus gesteuert werden. Dieser Kandidat lehnte das Angebot ab – andere haben es aber womöglich akzeptiert.

Facebook hat Duterte ziemlich offen geholfen. Der multinationale Konzern schulte Mitarbeiter interessierter Kandi-

daten darin, die Social-Media-Plattform optimal zu nutzen. Dutertes Strategen nahmen die Empfehlungen dankbar an. Laut Bloomberg.com war das ein Service von Facebooks „Global Governments and Politics Team“. Unter Leitung von Katie Harbath, einer ehemaligen Strategin der US-Republikaner, brachte das Team politischen Parteien bei, Kampagnenseiten einzurichten und Inhalte und Livestreams zu erstellen. Es könnte auch Werbefläche verkauft haben.

2016 sagte Harbath in einem Interview: „Wir versuchen den Nutzern Zugang zu ermöglichen und sie zu informieren.“ Das ist aber nicht geschehen. Dutertes Strategen organisierten in realen und in Online-Gruppen Unterstützer, die zwei wichtige Aufgaben erledigten: Sie lieferten einen nicht endenden Strom von Fake News und Desinformationen über Duterte und seine Gegner, und sie schüchterten Kritiker ein, indem sie mit tausenden von wütenden Kommentaren auf jeden Facebook-Post reagierten, der es wagte, ihren Kandidaten zu kritisie-

ren. Trollen geht es nicht unbedingt darum, jeden zu überzeugen. Einschüchterung und Verwirrung erfüllen auch ihren Zweck.

Facebook vermeldete stolz, 22 Millionen philippinische Nutzer hätten sich aktiv am Wahlkampf beteiligt. Leider war das kein rühmliches Beispiel für breite Beteiligung an einem demokratischen Prozess. Der Aktivismus war meist vergiftet und sorgte dafür, dass falsche Informationen in Umlauf kamen.

Eine aktuelle Studie des Newton Tech4Dev Network schlussfolgert, dass an Dutertes Kampagne nicht nur Freiwillige und Fans beteiligt waren, sondern auch Profis aus Werbe- und PR-Agenturen. Die Newton-Studie ergänzt: „Unter Duterte haben Trolle oder ‚Dutertards‘, wie seine fanatischen Anhänger genannt werden, der politischen Debatte die Basis entzogen und haben politische Gegner mundtot gemacht, indem sie lärmend Fake News und Hassreden verbreitet haben.“

Die Horde von Trollen nennt sich stolz „Cyberwarriors“. Während der Kampagne

Keine Lüge ist zu platt

Die Philippinen werden von Falschinformationen zugunsten der Duterte-Regierung überflutet. Die Lügen sind ungeheuerlich, aber offenbar wirksam.

Im Wahlkampf vor zwei Jahren war keine Lüge zu platt, keine Verschwörungstheorie zu primitiv. Fake News waren unter anderem, der Papst und die Regierung Singapurs hätten Dutertes Kandidatur befürwortet. Der damalige US-Präsident Barack Obama wurde falsch mit den Worten zitiert, der scheidende Präsident Benigno Aquino habe die Philippinen leiden lassen. Es wurde von Plänen, dass die Wahl „gestohlen wird“, berichtet. Die Duterte-Kampagne förderte die Angst vor Gesetzlosigkeit und machte Stimmung gegen die korrupte Elite des Landes.

Falschnachrichten sind so beliebt, weil sie Ängste und Hass der Leser schüren, besonders wenn diese auf eine ausgewählte Gruppe zielen. Es scheint auch so, dass viele Filipinos bei der Nutzung ihrer Smartphones lediglich die Überschriften lesen und nicht die ganze Geschichte, vielleicht weil dies zu viel Datenvolumen benötigt. Laut einer aktuellen Studie von Ipsos MORI unter 38 Ländern, sind Filipinos auf Platz drei in Bezug auf Ignoranz gegenüber Themen wie Religion, Impfung, Mord und Selbstmord sowie Teenager-Schwangerschaft. Ironischerweise waren sie auch auf Platz drei in Bezug auf das Selbstbewusstsein über ihr Wissen.

Viele Filipinos haben nie gelernt, vertrauenswürdige Informationen im Internet von



Martin Schulz alias Prof. Dr. Alfred Sanders: <https://memebuster.net/icc-cannot-prosecute-duterte/>

Propaganda zu unterscheiden. Sie verstehen nicht, dass Qualitätsmedien verschiedene Standpunkte aufzeigen müssen und nicht eine Partei oder einen politischen Führer unterstützen können.

Die Lügenmaschinerie läuft seit Dutertes Amtsantritt in vollem Gange. Zu den neuesten Märchen gehören:

- Agnes Callamard, Sonderberichterstatterin des UN-Hochkommissars für

Menschenrechte, ist drogenabhängig. Warum? Ihre Haare sind ungepflegt.

- Die Regierung baut die südliche Stadt Marawi, die in einem fünfmonatigen Kampf zwischen Regierungstruppen und militanten Islamisten zerstört wurde, zügig und prächtig wieder auf. Der Beweis? Ein Foto des Hafens der französischen Stadt Nizza.

- Alfred Sanders, Professor der Universität Oxford, sagt, Duterte könne wegen seines hohen Ansehens nicht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt werden. Diesen Professor gibt es nicht – das dazugehörige Foto zeigt den deutschen SPD-Politiker Martin Schulz.

LINK

Ipsos/Mori poll: Perils of perception
<https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/perils-of-perception-2017>

unterstützten sie alle die Mär, eine dramatische Drogenkrise bedrohe das Land und nur Duterte könne die Nation retten. Weder nationale noch internationale Statistiken belegen jedoch eine solche Drogenkrise.

Duterte war damals 70 Jahre alt und bekannt als unflätiger Ex-Bürgermeister von Davao City mit Kontakten zu Killertruppen. Auf Facebook aber wurde er als ein ungeschliffener Diamant dargestellt und als Reformler, der gegen Drogensyndikate und etablierte Eliten wie auch Wirtschaftsoligarchen, Politiker und Mainstream-Medien gleichermaßen vorgeht.

Zwei Jahre nachdem er die Wahl mit einer Mehrheit von knapp 40 Prozent der Stimmen gewonnen hat, hat Duterte seine Versprechen nicht eingelöst. Politisch versucht er vor allem, eine neue Verfassung durchzudrücken, die seine Macht verlängert (siehe meinen Aufsatz in E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 31). Die Eliten sind weiterhin fest verwurzelt, und begünstigt sind offenbar vor allem Dutertes Kumpane – darunter die Familie des ehemaligen Diktators Ferdinand Marcos.

Allerdings hatte Duterte auch angekündigt, die Bucht von Manila mit den Leichen zehntausender Krimineller und Drogenabhängiger zu füllen. Tatsächlich kostete der „Krieg gegen Drogen“, den er nach seinem Amtsantritt im Juni 2016 startete, nach Schätzung von Human Rights Watch „12 000 Menschen das Leben, hauptsächlich armen Slumbewohnern, darunter auch Kindern“. Die Killer gehören offenbar zu Todesschwadronen und Polizei. Wegen der vielen außergerichtlichen Tötungen könnte Präsident Duterte eines Tages vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden. Doch er bleibt populär, seine Trolle agieren weiter auf Facebook, und die Fake-News-Maschinerie verbreitet fleißig ihre Storys.

Einen kleinen Gegenschlag gab es: Verspätet hielt der Senat eine Anhörung zu Falschnachrichten ab, leider ohne Ergebnis. Wikipedia hat eine Liste philippinischer Fake-News-Websites veröffentlicht. Mainstream-Medien, die die Fehlinformationen auf Facebook lange ignorierten, beginnen langsam, darüber zu berichten. Vergange-

nes Jahr analysierte Vera Files, eine Gruppe investigativer Journalisten in Manila, 16 Wochen lang Fake-News-Aktivitäten und fand heraus, dass dabei eindeutig zwei Personen favorisiert wurden: Duterte und Ferdinand Marcos Jr., Sohn des gleichnamigen früheren Diktators.

LINKS

Newton Tech4Dev Network, 2018:

<http://newtontechfordev.com/wp-content/uploads/2018/02/ARCHITECTS-OF-NETWORKED-DISINFORMATION-FULL-REPORT.pdf>

Vera Files:

<http://verafiles.org/>

Wikipedia list of Filipino fake news websites:

https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_fake_news_websites#For_Philippine_audiences



ALAN ROBLES

ist freier Journalist und lebt in Manila.

twitter.com/hotmanila

Hindutva Trolls

Desinformation ist in Indien ein echtes Problem. Die Regierungspartei spaltet die Gesellschaft mit selbstgerechten Mythen. Am Gemeinwohl orientierter, faktenbasierter Journalismus gerät in die Defensive.

Von Arfa Khanum Sherwani

Im April führte Indiens Ministerium für Information und Rundfunk eine neue Regel ein. Die Akkreditierung von Journalisten, die „Fake News“ verbreiten, werde suspendiert, worauf innerhalb von 15 Tagen Aufsichtsgremien über die Schuld der betroffenen Personen entscheiden sollten.

Der Vorschlag wurde schon am nächsten Tag zurückgezogen. Der öffentliche Widerstand war zu stark. Premierminister Narendra Modi griff wohl persönlich ein.

Die große Frage bleibt, ob Desinformation bekämpft werden sollte oder ob das

Ministerium Journalisten von kritischer Berichterstattung über die Regierung abhalten wollte. In den Augen vieler ginge es um einen Versuch, vor den Wahlen im nächsten Jahr die Pressefreiheit einzuschränken.

Desinformation ist in Indien ein großes Problem geworden. Viele etablierte Medien haben Falschmeldungen verbreitet, aber der größte Schaden wird in den sozialen Medien angerichtet. Manche Fehler beruhen auf Versehen, aber die schlimmsten Falschinformationen werden absichtlich lanciert. Eine Armee bezahlter Internet-Trolls schafft mit politischen Zielen ein böser Ökosystem der Desinformation.

RECHTE NETZWERKE

Seit Modi nach dem Wahlsieg seiner BJP 2014 an die Macht kam, ist eine Reihe neuer rechtslastiger Websites entstanden. Dazu

gehören etwa OpIndia.com, Postcard News und Swarajyamag.com. Sie greifen nur bestimmte Nachrichten auf, verdrehen sie ihren Interessen entsprechend und erfinden Geschichten komplett.

Die BJP ist eine Partei, die Hindu-Dominanz propagiert. Sie gehört zu einem Netzwerk von Organisationen, die den Hindus neue Größe und weltweite Anerkennung versprechen. Diese Agenda spaltet die Gesellschaft, weil sie die Minderheiten ausgrenzt – und zwar besonders Indiens über 180 Millionen Muslime (fast 15 Prozent der Bevölkerung). Die Ideologie der BJP heißt „Hindutva“, und Modi ist einer ihrer aggressiveren Vertreter.

In Gujarat starben bei Unruhen 2002 mehr als 1000 Menschen. Die meisten Opfer waren Muslime, die meisten Täter waren Hindu-Extremisten. Damals war Modi Chef der Landesregierung, aber der Pflicht, das Pogrom zu stoppen, kam er nicht nach.

Wir wissen, wie Trolls heute in Indien Desinformation verbreiten, wer sie bezahlt und wie sich das auf das politische Klima auswirkt. In ihrem Buch „I am a troll“ beschreibt Swati Chaturvedi, wie von der BJP



Trauer um die ermordete Journalistin Gauri Lankesh in Kalkutta.

finanzierte Akteure politische Gegner und Prominente, die sie für solche halten, angreifen. Selbst Bollywood-Superstar Aamir Khan wurde zur Zielscheibe.

All das endete nicht mit dem Wahlkampf. Aggressive Trolls machen weiter, rufen zur Gewalt auf und bedrohen Menschen. Sie wollen jegliche Opposition unterdrücken und Indien zu einem Hindu-Staat machen.

Die Hindutva-Ideologie vertreten nicht nur Menschen, die der BJP oder mit ihr verbündeten Organisationen angehören. Die Botschaft ist aber immer dieselbe, und die Weltsicht beruht nicht auf historischen Fakten, sondern auf selbstgerechten Mythen. Andere Religionen – insbesondere der Islam und das Christentum – werden lächerlich gemacht.

Hindutva-Apologeten fordern Dominanz für die ihrer Meinung nach überlegene hinduistische Kultur. Ihre Religion predigt die Herrschaft der hohen Kasten über alle anderen Menschen. Häufig sind historische Behauptungen der Anhänger dieser Ideologie bizarr – etwa antike Hindus hätten vor Jahrtausenden schon moderne Technik beherrscht.

Modi selbst sagte im Oktober 2014 in Mumbai, Inder hätten vor langer Zeit Genetik und kosmetische Chirurgie gekannt. Sein Beweis: Der Hindugott Ganesh hat einen Elefantenkopf. Modi sprach auf Hindi, seine Ausführungen sind auf YouTube dokumentiert (in Hindi: <https://www.youtube.com/watch?v=NeIWu1NLuzE>).

Was in den Geschichtsbüchern steht ist Hindutva-Adepten egal. Sie bezeichnen Indien als ein seit Jahrhunderten von In-

vasoren ausgebeutetes Land. Um ihr Minderwertigkeitsempfinden zu bekämpfen, kennen sie nur ein Mittel: die Schmähung von Muslimen, Christen und anderen Minderheiten. Sie richten sich selbstverständlich auch gegen alle Hindus – Linke, Liberale, Kommunisten –, die Minderheiten unterstützen. Wie für rechtspopulistische Bewegungen typisch, behaupten Hindutva-Adepten, sie sprächen für „die“ Nation, aber sie brauchen „die Anderen“ als permanente Feinde.

Hindu-Extremisten schüren Hass – im Netz und im realen Leben. Gewalttaten wurden mit sozialen Medien organisiert. Um neue Anhänger zu finden, wird mittlerweile auch gern über Hassverbrechen auf Facebook und Twitter berichtet.

Die aggressive Agitation klingt nicht ab, obwohl die BJP an der Macht ist. Die Modi-Regierung kann offensichtlich mit Reformen die nationale Größe, die sie versprochen hat, nicht herbeiführen. Stattdessen pflegt sie Vorurteile. Nach vier Amtsjahren tut sie immer noch so, als litten Hindus als Mehrheitsbevölkerung, während Muslime „verwöhnt“ würden. In Wahrheit ist diese Minderheit überwiegend arm, marginalisiert und zunehmend von Gewalt bedroht. Die Regierung verschärft Spannungen statt Probleme zu lösen.

Vor nicht allzu langer Zeit war Indiens Presse stolz auf ihre Unabhängigkeit und Meinungsfreiheit. Heute beugen sich manche Medienhäuser dem Druck, und andere sind gleichgültig geworden. Das macht es den Trolls im BJP-Dienst leichter, Druck auf die Minderheit der Medienschaffenden zu machen, die noch faktenorientierten Jour-

nalismus mit demokratischen Prinzipien machen wollen und die Regierung in Frage stellen.

In September wurde Gauri Lankesh in Bangalore ermordet. Sie war eine kritische Journalistin, die sich schon lange gegen Hindutva-Ideen aussprach. Viele andere Journalisten werden bedrängt, bedroht und zum Schweigen gebracht. Ich selbst habe Troll-Angriffe erlebt (siehe Kasten, S. 38).

Vor den Wahlen im nächsten Jahr dürfte der Druck auf Journalisten weiter wachsen. Der jüngste Versuch, die Pressefreiheit einzuschränken, hat uns eine Gelegenheit geboten, gemeinsam zu opponieren. Diesmal konnten wir unabhängigen Journalismus zu verteidigen – aber der Kampf geht weiter.

QUELLE

Chaturvedi, S., 2017: I am a troll. Inside the secret world of the BJP's digital army. Delhi: Juggernaut.



ARFA KHANUM SHERWANI ist eine indische Fernsehjournalistin und arbeitet für die hochwertige Website TheWire. 2017

verbrachte sie im Rahmen des Medienbotschafter-Programms der Robert-Bosch-Stiftung drei Monate in Deutschland. <https://twitter.com/khanumarfa> <https://thewire.in/>



Kosmetische Chirurgie? Ganesh mit Elefantenkopf am Gangesufer.

Verhüllte Drohungen und offene Belästigung

Indiens Hindu-Chauvinisten behaupten, den Frieden zu lieben. Diese Botschaft ist oft doppelbödig. Leute mit autoritären Neigungen verweisen darauf, alles bleibe friedlich, wenn denn ihre Wünsche erfüllt würden. Medienschaffende, die ihnen widersprechen, werden belästigt und angegriffen.

Manchmal klingen Hindu-Chauvinisten sanft, und manche haben keine formale Bindung an die Regierungspartei BJP. Beides gilt für Sri Sri Ravi Shankar, einen einflussreichen Guru mit Millionen Anhängern. Er sagt, er wolle den Ayodhya-Konflikt – das vermutlich schwierigste Problem zwischen den Religionsgemeinschaften in Indien – lösen. Es hat schon mehrfach zu schweren Krawallen mit tausenden von Toten in Indien, Pakistan und Bangladesch geführt.

Einem erstmals im 19. Jahrhundert dokumentierten Mythos zufolge wurde der Hindu-Gott Rama in Ayodhya geboren. Im 16. Jahrhundert entstand dort unter Mogulenherrschaft eine große Moschee – vermutlich an einer Stelle, wo zuvor ein Hindutempel stand, was historisch aber nicht eindeutig belegt ist. Nach einer langen, landesweiten Kampagne zerstörte Ende 1992 eine Masse fanatischer Hindus die Moschee, woraufhin blutige Unruhen ganz Südasien erschütterten. Auch die Krawalle in Bombay 1993, das Pogrom in Gujarat 2002 und diverse andere, weniger bekannte Gewalt-

ausbrüche hatten mit Ayodhya zu tun.

Indiens Supreme Court hat den Bau eines Ram-Tempels blockiert. Das Verfahren schwebt aber noch.

Der Guru schlägt nun eine außergerichtliche Einigung vor. Die Muslime sollen das Land, auf dem die Babri-



Hindu-Fanatiker auf dem Dach der Babri-Moschee im Dezember 1992.

Moschee stand, den Hindus überlassen, damit der Tempel gebaut werden kann. Im Gegenzug dürften sie eine neue Moschee anderswo in der Stadt bauen. So werde Frieden geschaffen, sagt der Religionsführer. Falls die Richter aber gegen den Tempel entschieden, werde Indien wie Syrien werden.

Anhänger des Religionsführers sagten umgehend, die Syrien-Metapher sei keine Drohung, sondern eine Warnung gewesen. Objektiv richtig ist jedenfalls, dass der Kompromiss,

den der Guru vorschlägt, den Wünschen der Hindu-Extremisten entspricht, und er über schreckliche Gewalt spekuliert hat, die andernfalls drohe. Seine Haltung ähnelt der der BJP, die im Wahlkampf einen neuen Tempel versprach.

Der Guru und seine Organisation Art of Living gehören formal nicht zum Netzwerk der mit der BJP verbundenen Organisationen, aber sie stehen der Regierung nahe. Ein Anhänger sitzt für die BJP im Parlament. Premierminister Narendra

und hatte mich aufgefordert, „positive“ Fragen zu stellen. Alles wurde aufgezeichnet, und die Website TheWire hat das Video ungeschnitten ins Netz gestellt. Es verbreitete sich virusartig auf sozialen Medien und wurde von Millionen gesehen.

Wie zu erwarten war, wurde daraufhin eine Troll-Armee auf mich und TheWire gejagt. Es ist mir menschlich unmöglich, die genaue Zahl der Menschen zu nennen, die mir hasserfüllte Botschaften schickten. Drei Tage lang landeten hunderte von Tweets von mehreren Dutzend Leuten auf meiner Timeline.

Manche waren erbost, dass ich die Heiligkeit ihres geistigen Führers durch ernsthafte Diskussion in Frage gestellt hatte. Ich hatte schon Erfahrungen mit Trolls, aber überraschend war diesmal, dass prominente, rechtslastige Ideologen mit vielen Twitter-Followern ihre Macht nutzen, um mich anzugreifen. Sie wollten mich diskreditieren und zum Schweigen bringen.

Die BJP ließ verlauten, unser Video sei manipuliert. Ravi Shankars Medien-Team präsentierte ein eigenes Video und bestritt die Authentizität unserer Aufzeichnung. So verwirren sie die Öffentlichkeit.

Seine Ungeduld im Interview zeigte, dass der Guru eben doch kein ehrlicher Vermittler ist. Das widersprach seinem sorgfältig gepflegten Image, und Hindu-Chauvinisten fanden das unerträglich. (aks)

LINK

Arfa Khanum Sherwanis Interview mit Sri Sri Ravi Shankar (auf Hindi):

<https://thewire.in/video/watch-interview-sri-sri-ravi-shankar-faith-constitution-ayodhya>

Unsere Glaubwürdigkeit

Desinformation ist zu einem Thema mit großer weltweiter Bedeutung geworden. Medien stehen unter Druck, ihre Vertrauenswürdigkeit zu belegen. Als Chefredakteur von E+Z/D+C fühle ich mich verpflichtet, unser Konzept zu erläutern.

Von Hans Dembowski

In unserer Branche sind die Quellen noch wichtiger als Einzelfakten. Wir teilen Ihnen systematisch mit, wer für uns in welcher Eigenschaft schreibt und wie Sie die Autoren erreichen können. Es sind echte Menschen, und Sie können sie fragen, wenn Sie mehr Information wünschen. Wir geben in der Regel eine E-Mail-Adresse, eine Twitter-Adresse, eine Website oder etwas Ähnliches an.

Wir sind auch keine Echokammer, in der sich eine kleine Gruppe Gleichgesinnter äußert. Zu unserem Netzwerk gehören weltweit viele verschiedene Institutionen und Akteure.

Websites, die Desinformation verbreiten, verheimlichen meist ihren eigenen Hintergrund – und besonders ihre Finanzierung. Wir arbeiten transparent. Unser Mission Statement besagt klar, dass E+Z/D+C vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben wird. Unser Auftrag ist, „ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene“ zu schaffen. Wir haben dafür die nötige redaktionelle Unabhängigkeit. Falls Sie selbst etwas beitragen wollen: Wir freuen uns über Vorschläge.

Relevant ist auch, dass wir nicht versuchen, Empörung zu schüren, wie das Meinungsmanipulatoren typischerweise tun. Beim Redigieren schwächen wir Rhetorik sogar oft ab, denn wir bemühen uns um rationale Debatte und nicht um größtmögliche Erregung. Das bedeutet nicht, dass wir keinen Standpunkt hätten. Wir sind nicht neutral, aber wir arbeiten pluralistisch. Die Positionen, die in E+Z/D+C artikuliert werden, liegen nicht auf einer einheitlichen Linie. Manche Beiträge entsprechen der Sicht unseres Geldgebers, andere tun das nicht.

Wenn Sie die entwicklungspolitische Debatte in Deutschland verfolgen, werden Sie das wissen – und selbst wenn Sie das nicht tun, merken Sie es manchmal vermutlich trotzdem.

Grundsätzlich finden wir die Haltung der Bundesregierung zu multilateraler Zusammenarbeit mit den Zielen Friedenssicherung und nachhaltige Entwicklung allerdings richtig. Dass die deutsche Entwicklungspolitik seit langem Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung betont, finden wir gut. Diese Punkte sind in Deutschland weitgehend unumstritten.

Objektivität ist ein wichtiges Prinzip im Journalismus. Das heißt aber nicht, dass ein Medium bei jeder Kontroverse beiden Seiten gleich viel Platz einräumen muss. Wir wollen keine Beiträge von Agitatoren

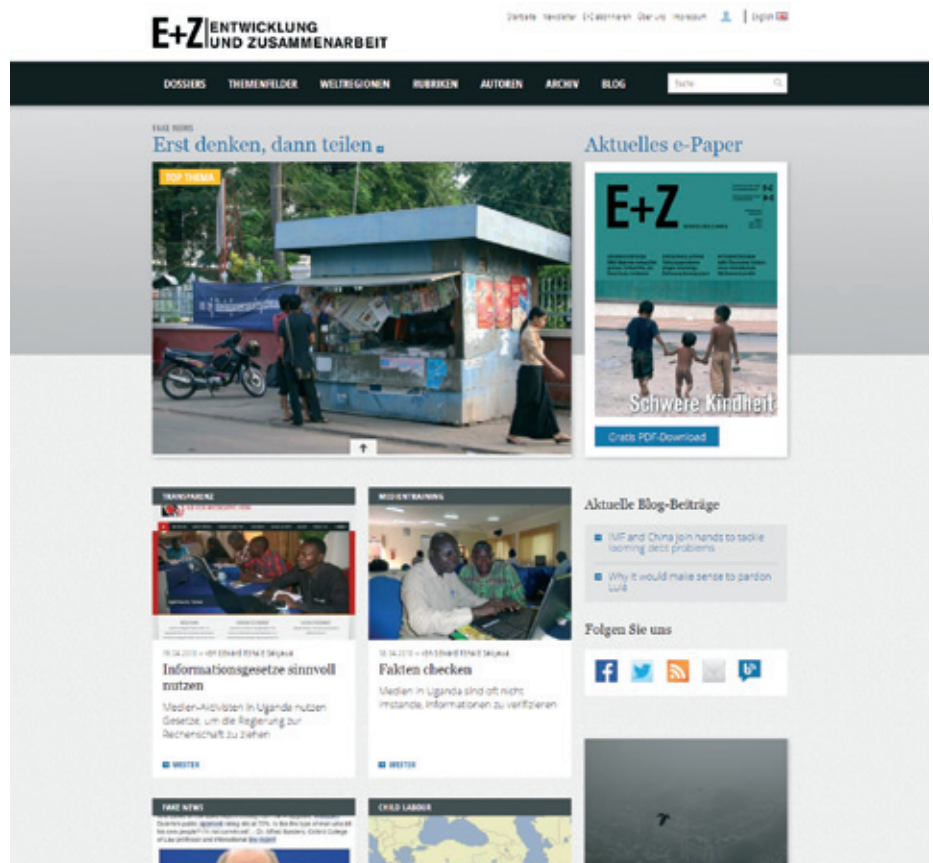
veröffentlichen, die demokratische Prinzipien missachten und ihre Argumentation nicht auf Fakten stützen. Wir akzeptieren es nicht, wenn jemand beansprucht, exklusiv „das“ Volk zu vertreten oder einen privilegierten Zugang zu „der“ Wahrheit zu haben.

Unser Team ist klein. Wir geben uns Mühe, die Fakten in den Manuskripten zu prüfen, aber wir erreichen Grenzen, wenn es beispielsweise um lokale Geschehnisse in Burundi, Bolivien oder Bangladesch geht. Wie bei allen Medien kommen auch bei uns Fehler vor. Wir sind Menschen, und Menschen machen Fehler. Wir korrigieren die Fehler, die wir bemerken, transparent.

Ob Sie uns trauen oder nicht, werden Sie selbst entscheiden. Um Ihre Glaubwürdigkeit zu verdienen, machen wir klare Angaben darüber, wer wir sind, wie wir arbeiten und von wem unsere Inhalte stammen.



HANS DEMBOWSKI
ist der Chefredakteur von
E+C/D+C.
euz.editor@fazit-
communication.de



Die E+Z/D+C-Homepage.



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Tweets 11,6 Tsd. Folge ich 2.086 Follower 4.794 Gefällt mir 182 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandceu

Beigetreten Januar 2010

3.323 Fotos und Videos



Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C Editorial office D+C @forumdc · 1 Std.
The basic principles of professional #fact #checking ow.ly/h98f30jCPhQ
#fakenews #journalism #news



Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren

Africa Renewal, UN @africarenewal

ODI @ODIdev

WFP Media @WFP_Media

